

– Entwurf –

## Freiheit hat nur eine Heimat.

Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2026

1	<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	
2	<b>Präambel .....</b>	<b>2</b>
3	<b>Kapitel 1: Wirtschaft, Energie &amp; Landwirtschaft .....</b>	<b>4</b>
4	Wirtschaft.....	5
5	Energie.....	9
6	Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Umwelt .....	10
7	<b>Kapitel 2: Selbstbestimmtes Leben .....</b>	<b>16</b>
8	Bildung.....	19
9	Wissenschaft .....	23
10	Soziales.....	25
11	Medien .....	29
12	Kultur .....	30
13	<b>Kapitel 3: Ein moderner Staat .....</b>	<b>32</b>
14	Verwaltung & Digitalisierung .....	33
15	Justiz .....	35
16	Sicherheit.....	36
17	Kommunales.....	38
18	Sport .....	39
19	Finanzen .....	40
20	<b>Kapitel 4: Gleichwertige Lebensverhältnisse .....</b>	<b>43</b>
21	Landesentwicklung.....	44
22	Gesundheit & Rettungswesen.....	45
23	Pflege.....	50
24	Infrastruktur .....	52
25		

26 **PRÄAMBEL**

27 Dieses Wahlprogramm richtet sich an alle, die daran glauben, dass wir Dinge verändern  
28 können. Daran glauben, dass wir durch Handeln das Leben der Menschen verbessern. In  
29 einer Zeit, in der sich unsere Gesellschaft immer stärker an den politischen Rändern  
30 aufspaltet, in der es zum politischen Geschäftsmodell vieler Parteien gehört, vor allem den  
31 Untergang zu beschwören, gehen wir bewusst unseren Weg. Wir glauben an die Kraft der  
32 Mitte, wir wissen, dass es immer mehr als zwei Lösungen gibt. Wir glauben daran, dass Ideen  
33 zählen – nicht Ideologien.

34 Für uns entscheidet nicht die politische Herkunft einer Idee, sondern ihre Überzeugungskraft.  
35 Deshalb bleiben wir im Gespräch – mit allen. Gerade dann, wenn die Meinungen weit  
36 auseinanderliegen. Wir finden Inspiration in Menschen, die trotz aller Widrigkeiten ihre  
37 Träume verfolgen. Denn wir haben einen eigenen politischen Kompass. Einen Kompass, der  
38 sich nicht von Lautstärke oder Polarisierung treiben lässt, sondern von Vernunft, Freiheit und  
39 Verantwortung geleitet wird. Und der festen Überzeugung, dass wir Probleme mit Forschung,  
40 Innovation und Leistungsbereitschaft lösen werden.

41 Uns treibt ein großes Ziel an: den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen-Anhalt zu  
42 bewahren und zu stärken. Wir setzen so den Rahmen für Sachsen-Anhalts Zukunft, in allen  
43 Regionen unseres Landes. Denn eine Politik des Fortschritts sollte Menschen verbinden und  
44 inspirieren. Stellen Sie sich vor, in unserem Land muss sich niemand Sorgen machen um einen  
45 guten Arbeitsplatz. Stellen Sie sich vor, jedes Kind erhält die bestmögliche Bildung, um im  
46 Leben voranzukommen, und lernt in einem sicheren und angenehmen Schulgebäude. Stellen  
47 Sie sich vor, niemand muss sich Sorgen um die Kosten etwa von Strom, Miete oder  
48 Lebensmitteln machen.

49 Wir sind überzeugt: Jeder Ort verdient Anschluss an die Zukunft. Dass das möglich ist, haben  
50 wir in den vergangenen Jahren in der Regierungskoalition gezeigt. Trotz unterschiedlicher  
51 Positionen ist es uns immer wieder gelungen, gemeinsame Lösungen zu finden. Nicht durch  
52 Lautstärke, sondern durch kluge Ideen. Nicht durch Blockade, sondern durch Verantwortung.  
53 So konnte die Regierung die Herausforderungen unserer Zeit angehen und die Zukunft  
54 unseres Sachsen-Anhalts gestalten.

55 So werden wir auch die kommenden Aufgaben angehen. Denn wir haben viel erreicht aber  
56 noch viel mehr vor. Wir sind noch nicht zufrieden. Wir sehen die Notwendigkeit zu  
57 tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland. Weg von zu viel staatlicher Fürsorge und  
58 Bevormundung, hin zu mehr Eigenverantwortung und Freiheit. Deshalb bieten wir  
59 Menschen, die anpacken wollen, weil sie in ihrem Leben was erreichen wollen, eine politische  
60 Heimat.

61 „Etwas unternehmen“ bedeutet für uns mehr als wirtschaftliches Handeln. Es bedeutet  
62 Initiative und Fortschritt. Es bedeutet Verantwortung und Leistung. Es bedeutet  
63 Gemeinschaft. Es kann das eigene Unternehmen sein aber auch die Familie, das organisierte  
64 Dorffest, das Menschen zusammenbringt. Oder der Verein, den Freunde gemeinsam  
65 gründen. Hinter all dem stehen Menschen, die etwas bewegen wollen. Wir wollen an ihrer  
66 Seite sein und nicht in ihrem Weg stehen.

Entwurf

## 67 **KAPITEL 1: WIRTSCHAFT, ENERGIE & LANDWIRTSCHAFT**

### 68 **WIE ES IST**

69 Deutschland hat alles, was es braucht, um auch in Zukunft eine der führenden Wirtschafts-  
70 und Innovationsnationen der Welt zu sein. Unsere Unternehmen sind leistungsfähig, unsere  
71 Fachkräfte hervorragend, unsere Ideen weltweit gefragt. Dieses Potenzial ist unser größter  
72 Schatz. Wir dürfen uns aber nicht darauf ausruhen. Denn die Welt verändert sich schnell –  
73 und wir stehen vor Herausforderungen, die entschlossenes Handeln erfordern: jetzt.

74 Internationale Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder wachsende  
75 Handelskonflikte haben viele Volkswirtschaften unter Druck gesetzt. Deshalb können sie  
76 nicht allein Ursache dafür sein, dass Deutschlands Wirtschaft nicht aus der Rezession kommt  
77 und unsere Wettbewerbsfähigkeit zuletzt nachgelassen hat. Viele Hindernisse sind  
78 hausgemacht – genau darin liegt auch unsere Chance. Denn was Deutschland selbst  
79 verursacht hat, können wir verändern.

80 Für Sachsen-Anhalt ist eine starke Wirtschaft der Schlüssel zu Wohlstand, Sicherheit und  
81 Zukunftschancen. Das gilt für alle Bereiche der Wirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft  
82 genauso wie im Handwerk und Gewerbe. Das gilt in unseren Städten und im ländlichen Raum.  
83 Nur eine prosperierende Wirtschaft schafft dauerhaft gute Arbeitsplätze, ermöglicht  
84 Investitionen und gibt unserem Land die Kraft, seine Zukunft selbstbewusst zu gestalten.  
85 Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Bedingungen für nachhaltigen unternehmerischen Erfolg  
86 optimal zu gestalten: mit wettbewerbsfähigen Energiekosten, gut ausgebildeten Fachkräften  
87 und einer Verwaltung, die unterstützt statt ausbremst.

88 Natürlich trägt der Bund eine große Verantwortung für diese Rahmenbedingungen. Doch  
89 auch auf Landesebene können und müssen wir handeln. Unser Anspruch ist klar: Sachsen-  
90 Anhalt soll zu den dynamischsten Wirtschaftsstandorten gehören – ein Land, in dem  
91 Unternehmen investieren, Gründerinnen und Gründer ihre Ideen verwirklichen und so neue,  
92 gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen.

### 93 **WAS WIR WOLLEN**

94 Deutschland steckt im Reformstau – und der Bund liefert nicht. Wir sagen deshalb: Sachsen-  
95 Anhalt wartet nicht länger. Wir setzen wirkliche Prioritäten – in Bildung, Infrastruktur,  
96 Digitalisierung, Energie. Wir haben ein klares Ziel: Die Wettbewerbsfähigkeit unserer  
97 Unternehmen.

98 Dafür braucht es vor allem eines: Mut zum Aufbruch. Wir wollen Sachsen-Anhalt zu einem  
99 Land machen, in dem Unternehmergeist wachsen kann. Ein Land, in dem Menschen den Mut  
100 haben zu gründen, zu investieren und Neues zu wagen. Heute entstehen viele neue  
101 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, während private Investitionen zurückgehen. Das zeigt:

102 Wir müssen die Bedingungen, ob in der Landwirtschaft, im Gewerbe oder im Handwerk ob  
103 etabliertes Unternehmen oder Gründer deutlich verbessern. Unser Ansatz ist einfach: mehr  
104 Vertrauen in die Menschen – und weniger lähmende Bürokratie. Zu viele Regeln sind  
105 kompliziert, unübersichtlich und kosten Unternehmen wie Bürgern wertvolle Zeit und  
106 Energie. Berichtspflichten und Verwaltungsverfahren bremsen Innovation oft genau dort, wo  
107 sie entstehen soll. Wir wollen diese Hürden abbauen und den Weg für neue Ideen  
108 freimachen.

109 Staatliches Handeln konzentriert sich dabei auf die Infrastruktur als Grundlage für  
110 wirtschaftliches Handeln. Das gilt für die Verkehrsinfrastruktur, die wir ausbauen ebenso wie  
111 für die Gesundheitsinfrastruktur oder die Forschungseinrichtungen, deren Kooperation  
112 wirtschaftliches Wachstum beflügeln kann.

113 Auf den Fortschritten der vergangenen Jahre bauen wir auf. Reformen wie das modernisierte  
114 Vergabegesetz, die Digitalstrategie des Landes oder digitale Lösungen wie der  
115 flächendeckende Bauantrag zeigen, dass Sachsen-Anhalt auf dem richtigen Weg ist. Doch wir  
116 wollen mehr Tempo. Die Modernisierung unseres Landes darf nicht stehen bleiben. Unser  
117 Ziel ist eine neue Aufbruchsstimmung: mehr Gründergeist, mehr Innovation, mehr private  
118 Investitionen.

119 Arbeitsplätze sollen dort entstehen, wo Wertschöpfung entsteht – in starken Unternehmen,  
120 in innovativen Start-ups, in einer dynamischen Wirtschaft. Dafür müssen wir auch die  
121 Voraussetzungen schaffen: mit einem modernen Bildungssystem, einer stärkeren  
122 Berufsorientierung und einer offenen Strategie zur Gewinnung internationaler Fachkräfte.  
123 Sachsen-Anhalt hat das Potenzial, wieder zu einem Ort des wirtschaftlichen Aufbruchs zu  
124 werden. Die Ideen, die Menschen und die Möglichkeiten sind da. Jetzt kommt es darauf an,  
125 sie zu nutzen – mutig, entschlossen und mit einem klaren Ziel vor Augen: ein starkes,  
126 innovatives und zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt.

## 127 **WAS WIR MACHEN**

### 128 **Wirtschaft**

#### 129 **Entfesselung von Wachstum: Mittelstand, Handwerk, Industrie und Gründergeist**

130 Wohlstand entsteht dort, wo Menschen Ideen in Produkte, Dienstleistungen und  
131 Arbeitsplätze verwandeln. In Sachsen-Anhalt wird diese Leistung zu oft von einem Staat  
132 gebremst, der misstraut statt ermöglicht: Berichtspflichten, zersplitterte Zuständigkeiten,  
133 langsame Genehmigungen und ein Förderdschungel, der Ressourcen bindet, die in  
134 Investitionen gehören. Das trifft vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die nicht über  
135 eigene Verwaltungsabteilungen verfügen. Deshalb braucht Sachsen-Anhalt eine Politik, die  
136 die Kosten des Staates nicht nach unten durchreicht, sondern den Staat so organisiert, dass  
137 er Arbeit erleichtert und Wachstum beschleunigt. Deshalb haben wir das Vergabegesetz

138 novelliert und wollen auch über das Jahr 2028 hinaus, die Regelungen des Vergabegesetzes  
139 nur ab den europäischen Schwellenwerte wirken lassen und von allen Vorschriften befreien,  
140 die nicht dem Ziel dienen, dass der Staat das wirtschaftlichste Angebot erhält.

#### 141 **Sonderwirtschaftszone – endlich mal testen**

142 Die Einführung einer Sonderwirtschaftszone wird immer wieder gefordert aber niemals  
143 getestet. Wir wollen diesen Schritt gehen und neben den steuerrechtlichen Regelungen auch  
144 eine optimale Infrastruktur für die Unternehmen im Gebiet erproben.

#### 145 **Entbürokratisierung, die man im Alltag spürt**

146 Entbürokratisierung ist dann gelungen, wenn in Sachsen-Anhalt wieder Zeit für das  
147 Wesentliche entsteht: wenn der Handwerksmeister nicht mehr am Küchentisch Formulare  
148 sortiert, sondern Angebote schreibt und neueste Technologien lernt; wenn die Gründerin  
149 nicht mehr Wochen mit Zuständigkeiten verbringt, sondern ihr Produkt entwickelt; wenn  
150 Investitionen nicht in Aktenstapeln stecken bleiben, sondern auf der Fläche sichtbar werden.  
151 Bürokratieabbau heißt am Ende: weniger Stillstand, mehr Tempo – und ein Staat, der  
152 Leistung ermöglicht, statt sie behindert. Deshalb werden wir die Bürokratielasten für Bürger  
153 und Unternehmen in der kommenden Legislaturperiode deutlich senken. Berichtspflichten  
154 sollen vereinfacht oder abgeschafft, Genehmigungsverfahren verbindlich beschleunigt und  
155 überflüssige Regulierungen gestrichen werden.

#### 156 **Europäisches Mindestmaß statt deutscher Übererfüllung (Gold-Plating): Standort wieder** 157 **konkurrenzfähig machen**

158 Gerade für Schlüsselindustrien wie das Chemiedreieck gilt: Neue Pflichten dürfen nur noch  
159 nach klaren Leitplanken entstehen – am europäischen Mindestmaß orientiert und  
160 verbindlich nach dem one-in-two-out-Prinzip. So wird Regulierung nicht weiter zum  
161 Standortnachteil, und Investitionsmittel fließen wieder in moderne, nachhaltige Produktion  
162 statt in Papier und Formulare. Die Anpassung an das europäische Mindestmaß darf nicht nur  
163 für neue Regelungen, sondern muss auch für bestehende gelten.

#### 164 **Gründen, wachsen, neu starten: Sachsen-Anhalt als Macher-Land**

165 Viele gute Ideen scheitern nicht am Markt, sondern am Papierkrieg. Gründungen dauern zu  
166 lange, Zuständigkeiten sind zersplittert, und internationale Talente erleben Verwaltung als  
167 Hürde statt als Einladung. Sachsen-Anhalt kann das besser: mit einer digitalen One-Stop-  
168 Agency, die Verfahren bündelt und Gründerinnen und Gründer aktiv begleitet – auch in  
169 englischer Sprache.

170 Junge Unternehmen sollten in den ersten Jahren von Befragungen, Dokumentationspflichten  
171 und Zwangsmitgliedschaften soweit möglich entlastet werden, damit sie sich auf  
172 Markteintritt und Wachstum konzentrieren können. Ausgründungen aus Hochschulen

173 müssen leichter werden, Inkubatoren in Schwerpunktthemen sollen gezielt aufgebaut und  
174 internationale Best Practices systematisch genutzt werden.

### 175 **Migration**

176 Migration bewegt die Menschen in Sachsen-Anhalt wie in ganz Deutschland. Wir nehmen die  
177 Sorgen ernst und wollen dieses Thema angehen, ohne Ängste und populistische  
178 Ressentiments zu schüren. Wir Freie Demokraten stehen für eine pragmatische  
179 Migrationspolitik, die Chancen nutzt und zugleich Kontrolle wahrt. Angesichts der  
180 demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt und des immer stärker spürbaren Fach- und  
181 Arbeitskräftemangels brauchen wir eine reguläre und kontrollierte Einwanderung in den  
182 Arbeitsmarkt. Zuwanderern, die sich in unser Land einbringen und die hier arbeiten wollen,  
183 werden wir den unbürokratischen Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern und Hürden durch  
184 unnötige Sprachprüfungen abbauen. Zugleich muss eine Zuwanderung in die überlasteten  
185 Sozialsysteme konsequent unterbunden werden. Um beide Ziele zu erreichen, wollen wir die  
186 Ausländerbehörden in den Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Umsetzung von  
187 Digitalisierungsvorhaben unterstützen. Ziel ist es, dass Aufenthaltstitel, die zur Aufnahme  
188 einer Beschäftigung berechtigen, innerhalb von 4 Wochen erteilt werden.

### 189 **Den Rechtsstaat durchsetzen**

190 Der irregulären Migration werden wir mit aller Kraft entgegenwirken. Ausreisepflichtige  
191 Ausländer müssen zügig das Land verlassen. Hier werden wir an die während der  
192 Deutschlandkoalition erreichten Zahlen anknüpfen und diese ausbauen. In erster Linie soll  
193 die freiwillige Ausreise gefördert werden. Dort wo es erforderlich ist, werden wir  
194 Abschiebungen effizienter als bisher ermöglichen. Dafür wird in Sachsen-Anhalt die geplante  
195 Abschiebungshafteinrichtung spätestens Ende 2027 in Betrieb gehen und bis dahin durch  
196 Kooperationsvereinbarungen mit anderen Bundesländern für ein ausreichendes Kontingent  
197 an Gewahrsamspätzen gesorgt werden. Als weniger einschneidende Maßnahme wollen wir  
198 die gerichtliche Anordnung elektronischer Fußfesseln anstelle einer vollständigen  
199 Freiheitsentziehung ermöglichen. Auf keinen Fall darf der Rechtsstaat durch Verhinderung  
200 der Identitätsklärung oder durch Untertauchen an der Nase herumgeführt werden.

201 Sprachkurse sollen vorrangig für Selbstzahler oder Teilnehmer, die den üblichen Eigenanteil  
202 aus eigener Tasche entrichten wollen, angeboten werden.

### 203 **Wohnen & Bauen**

204 Sachsen-Anhalt hat beim Wohnen und Bauen bereits zentrale Reformen auf den Weg  
205 gebracht: Die Landesbauordnung ist novelliert, Verfahren wurden vereinfacht und beim  
206 digitalen Bauantrag ist bereits viel umgesetzt. Für uns Freie Demokraten ist das der Übergang  
207 von der Reformphase in eine konsequente Umsetzungsoffensive. Jetzt geht es darum, dass  
208 die neuen Spielräume in der Fläche wirken: schnelleres Planen und Genehmigen, verlässliche  
209 Investitionsbedingungen und mehr Chancen auf Eigentum. Unser Leitbild bleibt klar liberal:

210 Der Staat setzt faire, verlässliche Rahmenbedingungen – die Entscheidungen über  
211 Investitionen treffen Unternehmen, Eigentümer und Familien selbst.

### 212 **Eigentum stärkt Unabhängigkeit**

213 Wir machen die eigenen vier Wände wieder erreichbar, weil Wohneigentum  
214 Vermögensaufbau, Altersvorsorge und Stabilität für Familien bedeutet. In Sachsen-Anhalt  
215 sind die Kaufpreise vielerorts moderat, dennoch scheitert der Erwerb oft an den hohen  
216 Kaufnebenkosten. Besonders die Grunderwerbsteuer erhöht den Eigenkapitalbedarf  
217 erheblich, gerade für junge Familien. Unser Ansatz ist ein verlässliches Chancenpaket aus  
218 Finanzierung und steuerlicher Entlastung. Wir stärken das bestehende Förderprogramm für  
219 selbstgenutztes Wohneigentum und ergänzen es um einen Grunderwerbsteuer-Freibetrag  
220 für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums, für den wir uns auf  
221 Bundesebene einsetzen. Dieser Freibetrag wird mit dem Förderprogramm der  
222 Investitionsbank Sachsen-Anhalt kombiniert, das zinsvergünstigte Darlehen und  
223 familienbezogene Aufstockungen vorsieht. So sinkt die Eintrittshürde spürbar: Eigenkapital  
224 wird geschont, kann in Modernisierung und Vorsorge fließen, mehr Menschen erhalten  
225 Zugang zu Eigentum, Bestandsimmobilien werden aktiviert und Regionen stabilisiert. Liberal  
226 gesprochen: Eigentum stärkt Freiheit, Verantwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt  
227 – der Staat soll den Zugang erleichtern, nicht verteuern.

### 228 **Wirtschaftliche Basis stärken**

229 Die wirtschaftliche Basis der kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften  
230 wollen wir nachhaltig stärken. Mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung belasten  
231 DDR-Altschulden in Sachsen-Anhalt weiterhin viele Bestände. Gleichzeitig ist der  
232 Investitionsdruck hoch: energetische Modernisierung, altersgerechter Umbau, Anpassungen  
233 an kleinere Haushalte und in einzelnen Regionen auch wirtschaftlich notwendiger Rückbau.  
234 Gerade dort, wo Investitionen am dringendsten sind, ist die Kreditfähigkeit häufig am  
235 schwächsten. Historische Altverbindlichkeiten und kleinteilige Strukturen binden Mittel, die  
236 eigentlich in die Zukunftsfähigkeit der Quartiere fließen müssten. Deshalb setzen wir nicht  
237 auf immer neue Einzelprogramme, sondern auf strukturelle Entlastung. Wer investieren soll,  
238 muss investieren können. Wir wollen einen landeseigenen, befristeten Altschuldenfonds  
239 auflegen, der kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften gleichbehandelt  
240 und verbliebene Altlasten schrittweise abbaut. Die Wirkung ist klar: bessere  
241 Eigenkapitalquoten, höhere Bonität und mehr investive Freiheit für energetische Sanierung,  
242 Barrierefreiheit und Quartiersentwicklung. Ordnungspolitisch ist das keine neue  
243 Dauersubvention, sondern die Beseitigung historischer Belastungen, damit  
244 Eigenverantwortung und wirtschaftliche Stabilität wieder greifen können. Dabei sind wir uns  
245 bewusst, dass die finanziellen Spielräume des Landes gering sind.

246 **Modernisierung ermöglichen**

247 Wir stärken die private Wohnungswirtschaft, weil die Modernisierung des Bestands ohne  
248 private Vermieter und mittelständische Unternehmen nicht gelingen kann. Die Aufgaben  
249 sind groß, der Kostendruck steigt, und in vielen Regionen erschweren moderate Mieten die  
250 Refinanzierung umfassender Modernisierungen. Klassische Zuschussprogramme sind oft  
251 bürokratisch, befristet und vom Landeshaushalt abhängig. Dauerhafte Investitionen  
252 brauchen aber verlässliche wirtschaftliche Leitplanken. Deshalb setzen wir auf steuerliche  
253 Investitionsanreize statt auf Förderbürokratie. Sachsen-Anhalt wird eine Bundesratsinitiative  
254 für eine dauerhafte Modernisierungs-Abschreibung starten, damit energetische Sanierungen  
255 und barriere-reduzierende Maßnahmen im Bestand steuerlich beschleunigt abgeschrieben  
256 werden können.

257 **Die Bauordnung mit Leben füllen**

258 Wir sichern ab, dass die bereits erreichten Fortschritte bei Bauordnung und digitalem  
259 Bauantrag im Alltag messbar schneller werden. Weil hier in Sachsen-Anhalt schon viel  
260 umgesetzt ist, geht es jetzt um die nächste Stufe: eine durchgängige, verlässliche digitale  
261 Genehmigungskette von Antrag über Beteiligungen und Nachforderungen bis zum Bescheid.

262 Unser Gesamtkurs für Wohnen und Bauen in Sachsen-Anhalt ist damit klar: Wir ersetzen  
263 Förderabhängigkeit durch wirtschaftliche Stärke, wir ermöglichen private Investitionen statt  
264 sie wegzuregulieren, wir öffnen den Weg ins Eigentum und wir machen aus digitaler Reform  
265 spürbare Beschleunigung. Das ist liberal, optimistisch und chancenorientiert – weil es auf  
266 Vertrauen in Menschen, Unternehmen und Kommunen setzt und aus Potenzialen konkreten  
267 Fortschritt macht.

268 **Energie**

269 **Energie, die Leistung möglich macht**

270 Hohe Energiepreise und ein unübersichtliches System aus Umlagen, Abgaben und  
271 Netzentgelten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit. Sachsen-Anhalt trägt als starker  
272 Windstrom-Erzeuger zugleich eine besondere Netzkostenlast, obwohl andere Regionen vom  
273 exportierten Strom profitieren. Das ist weder fair noch ökonomisch klug.

274 Netzentgelte müssen daher zwischen den Regionen fairer verteilt und für die Menschen in  
275 Sachsen-Anhalt spürbar gesenkt werden. Umlagen und Abgaben sollten zusammengeführt  
276 werden, um Komplexität und Verwaltungskosten zu reduzieren. Der Strommarkt braucht  
277 Regeln, die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zusammenbringen – einschließlich  
278 einer Reform der Preisbildungsmechanismen und echten Anreizen für Speichertechnologien.  
279 Energieeffizienz entsteht vor allem durch wirtschaftliche Anreize; zusätzliche  
280 Berichtspflichten schaffen zu oft nur Papier, aber keine eingesparte Kilowattstunde. Hier  
281 muss der Bund liefern.

282 **Regionale Energie aus Holz und Nahwärme – Wertschöpfung vor Ort**

283 In waldreichen Regionen bietet heimisches Holz Chancen für kommunale Energieversorgung  
284 und lokale Wertschöpfung. Kommunen sollen Infrastruktur für Nahwärme aufbauen können  
285 – auch in Kooperationen oder über Konzessionen. Bei Tiefbauprojekten muss  
286 vorausschauend gearbeitet werden, etwa durch Mitverlegung netzgebundener Infrastruktur,  
287 seien es Leerrohre für die Glasfaser oder Leitungen für die Nahwärme.

288 **Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Umwelt**

289 **Nachhaltige Produktivitätssteigerung – Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt**  
290 **zusammendenken**

291 Machen wir Sachsen-Anhalt zum Vorzeigeland für eine erfolgreiche Umsetzung einer  
292 nachhaltigen Produktivitätssteigerung, indem wir eine fortschrittsfreundliche Haltung in  
293 Gesellschaft und Politik schaffen. Dazu müssen Innovationen fair bewertet werden, wobei  
294 zwischen potenzieller Gefahr und tatsächlichem Risiko klar unterschieden wird. Gehen wir  
295 selbstbewusst mit diesem Werkzeug um.

296 Wir unterstützen aktiv technologische Innovationen: Digitalisierung, KI und neue  
297 Züchtungstechnologien bieten Lösungen für vielfältige Herausforderungen in der Agrar- und  
298 Ernährungswirtschaft. Zielkonflikte zwischen Ertrag und Ressourcenschutz werden  
299 entschärft, organisatorische Prozesse werden präziser und effizienter. Nutzen wir als erstes  
300 Bundesland alle Möglichkeiten, die uns das EU- und Bundesrecht bieten.

301 Artenvielfalt und Tierwohl wollen wir inwertsetzen. Analog zum Emissionshandel sollen neue  
302 Bewertungsmodelle und Marktmechanismen entwickelt werden, um ökologische Leistungen  
303 ökonomisch zu erfassen und den klassischen Produktivitätsbegriff, um den Verbrauch oder  
304 die Erzeugung natürlicher Ressourcen zur nachhaltigen Produktivitätssteigerung zu  
305 erweitern. Bringen wir uns offensiv in diesen Prozess ein.

306 **Fairness beim Grunderwerb – doppelte Besteuerung beenden, Share Deals**  
307 **verursachergerecht erfassen**

308 Landwirte beim Grunderwerb doppelt zu besteuern finden wir nicht fair. Das wichtigste  
309 Produktionsmittel für Landwirte ist der Boden. Wirtschaften Landwirte auf der eigenen  
310 Scholle, gibt das unternehmerische Sicherheit und stärkt die Eigenverantwortung. Das zu  
311 unterstützen, ist uns Freien Demokraten enorm wichtig. Eine doppelte Besteuerung  
312 erschwert aktuell den Eigentumserwerb: Übt die Landgesellschaft bei einem  
313 Grundstücksverkauf ihr Vorkaufsrecht aus und verkauft im zweiten Schritt den Boden an  
314 einen Landwirt, fällt zweimal Grunderwerbsteuer an. Das werden wir ändern. Wir werden  
315 uns dafür einsetzen, im Grunderwerbsteuergesetz die Voraussetzungen dafür zu schaffen,  
316 dass Sachsen-Anhalt auf diese Doppelbesteuerung verzichten kann. Beim Erwerb von  
317 Anteilen eines Unternehmens (Share Deals) soll Grunderwerbsteuer entsprechend des

318 gehandelten Erwerbsanteils der Eigentumsflächen des betreffenden Unternehmens erhoben  
319 werden.

### 320 **Bürokratieabbau im Düngerecht und Pflanzenschutz – Ämter als Partner der Landwirte**

321 Geht echter Bürokratieabbau im Düngerecht und im Pflanzenschutz? Ja! So stellen wir uns  
322 das vor: Ämter sollen aus liberaler Sicht viel mehr Partner der Landwirte sein, um die  
323 Landwirte in den komplexen Förderstrukturen zu unterstützen und beratend zur Seite  
324 stehen. Die Ämter verstehen sich nicht primär als Kontrollinstanz, sondern als beratende  
325 Partner der Landwirte. Sie unterstützen von Beginn an dabei, Fehler zu vermeiden.

326 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kontrolle des Düngerechtes und der  
327 Düngeverordnung von den Kreisverwaltungen an die ALFFs verlagert wird, damit Kontrollen  
328 mit den Kontrollen der Agrarförderung (GAP und AUKM) zusammen erfolgen können.  
329 Aufwendige Kontrollen zum Agrarantrag binden oft viel Arbeitszeit beim Landwirt in der  
330 Vorbereitung und Zusammenstellung der Daten; hier müssen effizientere Wege gefunden  
331 werden. Auf Gebührenbescheide bei Kontrollen soll verzichtet werden. Die Dichte der  
332 Vorortkontrollen soll von 5% auf 1% der Betriebe gesenkt werden. Fortbildungsformate für  
333 verpflichtende Weiterbildungen sollen digital umgesetzt werden. Alle Nachweispflichten und  
334 relevante Dokumentationen müssen digital möglich sein. In der Gesetzgebung soll die  
335 Automatisierung (z.B. bei der Ausbringung von PSM mittels Drohnen) konsequent  
336 mitgedacht und zeitnah sowie praxistauglich umgesetzt werden.

### 337 **Kompliziertes einfach machen – der Agrarantrag muss praxistauglich werden**

338 Die gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) soll in Sachsen-Anhalt über eine moderne,  
339 digitale und praxisnahe Verwaltung umgesetzt werden. Insbesondere da, wo Landwirte  
340 bundeslandübergreifend arbeiten, müssen sie sich aktuell mit unterschiedlichen IT-  
341 Anwendungen auseinandersetzen. Das muss einfacher gehen. Landwirte sollen sich um ihre  
342 Tiere und Feldfrüchte kümmern können und keine IT-Spezialisten werden. Dafür sind  
343 bundesweit einheitliche IT-Lösungen umzusetzen, Verfahren zu vereinfachen und das  
344 Programm „ELAISA“ und die Fotoapp deutlich benutzerfreundlicher und übersichtlicher zu  
345 gestalten.

### 346 **Fairer Wettbewerb statt Sonderlasten – Europäisches Mindestmaß statt deutscher 347 Übererfüllung**

348 Wettbewerb ist ein harter Ausleseprozess, aber eben auch der beste Innovationstreiber.  
349 Beschränkt der Staat den Wettbewerb, legt er unseren Waldbesitzern,  
350 Landwirtschaftsbetrieben, Obstbauern und Winzer in hart umkämpften Märkten zusätzliche  
351 Steine in den Weg. Das wollen wir Freie Demokraten nicht länger hinnehmen. Keine einzige  
352 EU-Anforderung darf bei der Umsetzung in nationales Recht verschärft werden. Nur so kann  
353 ein fairer Wettbewerb innerhalb der EU garantiert werden.

354 Deshalb sind alle Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Förderprogramme des Landes  
355 konsequent von Verschärfungen zu befreien. Die Vorrangstellung des UBA im  
356 Pflanzenschutzrecht ist zu beenden; BfR, BVL, JKI und UBA sollen wieder gleichberechtigte  
357 Partner werden. Für neue Vorschriften ist eine umfängliche Folgenabschätzung inklusive der  
358 Prüfung der tatsächlichen Notwendigkeit neuer Gesetze und Verordnungen konsequent  
359 durchzuführen. Bei Pflanzenschutz setzen wir zudem auf europäische Harmonisierung ohne  
360 nationale Sonderwege; Zulassungen dürfen nicht für fachfremde Ziele instrumentalisiert  
361 werden.

#### 362 **Planungssicherheit und Verursacherprinzip – wirksame Regeln statt pauschaler Auflagen**

363 Landwirte brauchen Planungssicherheit. Sie müssen davon ausgehen können, dass die zum  
364 Stichtag des Agrarantrags (15. Mai) geltenden Flächengrenzen für das Antragsjahr gesetzt  
365 sind. Nachträgliche Änderungen von Amts wegen nach dem 15. Mai dürfen erst im  
366 darauffolgenden Antragsjahr wirksam werden.

367 Bei der Senkung von Nitratbelastungen gehen wir konsequent zum Verursacherprinzip über.  
368 Auflagen zur Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen sind nur dort sinnvoll, wo es  
369 Nitratüberschüsse gibt und diese durch die Einschränkung von Düngung effizient abgebaut  
370 werden können. Grundlage der Düngeverordnung muss alleinig das Verursacherprinzip sein.  
371 Messmethoden – etwa bei Nitrat – müssen evaluiert und vereinheitlicht werden;  
372 Maßnahmen werden mit Praktikern festgelegt und anschließend eng geprüft.

#### 373 **Tiertransporte und Saatgut-Nachbau – Rechtssicherheit statt Überregulierung und** 374 **Misstrauen**

375 Den Tiertransporterlass aus dem Jahre 2019 wollen wir abschaffen. Tiertransporte sind und  
376 bleiben ein Bestandteil der Nutztierhaltung. Durch unverhältnismäßige Auflagen des  
377 landeseigenen Tierschutzerlasses (Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft  
378 und Energie vom 22.05.2019) sind Tiertransporte zum Teil nicht mehr möglich, obwohl  
379 europarechtlich umsetzbar. Die Festlegungen der Verordnung Nr. 1/2005 des Rates vom 22.  
380 Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden  
381 Vorgängen sichert den Tierschutz ausreichend ab. Die darüber hinaus gehenden  
382 wettbewerbsverzerrend wirkenden Festlegungen lehnen wir Liberale ab.

383 Erntegutbescheinigungen der Treuhandsaatgutgesellschaft dürfen nicht zur Pflicht werden.  
384 Landwirte haben über Jahre hinweg zuverlässig erklärt, ob sie Nachbau betreiben oder nicht.  
385 Dieses Verfahren war einfach, transparent und rechtssicher. Die nun geforderte jährliche  
386 Berechnung durch die Saatguttorehandgesellschaft bedeutet nicht nur erheblichen  
387 bürokratischen Aufwand, sondern auch eine unangemessene Durchleuchtung  
388 landwirtschaftlicher Betriebe. Wir lehnen ein System ab, das Landwirte unter pauschalen  
389 Verdacht stellt und ihnen faktisch Misstrauen entgegenbringt. Landwirtschaft braucht  
390 praxisnahe Regelungen – keine zusätzlichen Kontroll- und Dokumentationspflichten.

391 **Naturschutz: kooperativ, anreizbasiert und wirkungsorientiert – Qualität vor Quantität**

392 Kooperativ geht alles besser – auch im Naturschutz. Der rückläufigen Biodiversität auf  
393 landwirtschaftlichen Flächen muss mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden. Eine  
394 Lösung dafür ist die gemeinsame Durchführung von Agrar-Umwelt-Maßnahmen durch  
395 mehrere Betriebe. Maßnahmengestaltung und -umsetzung sind so flexibel möglich. Eine  
396 Maßnahmenwirksamkeit rückt wieder in den Vordergrund, formale förder- und  
397 kontrolltechnische Regelungen dafür in den Hintergrund. Für die staatliche Verwaltung sinkt  
398 der Arbeitsaufwand. In den landwirtschaftlichen Betrieben wird Ideenreichtum zur  
399 Zielerreichung angereizt. Genügend Gründe für uns, diesen Ansatz zu verstetigen und in der  
400 neuen Förderperiode der GAP anzubieten.

401 **Qualität vor Quantität gilt auch im Naturschutz.**

402 Die Erweiterung von bestehenden Naturschutzgebieten und die Neuausweisung von Flächen  
403 für den Naturschutz ziehen in der Regeln Bewirtschaftungseinschränkungen nach sich und  
404 sind ein Eingriff ins Eigentum, welcher gut begründet werden muss. Wir Freien Demokraten  
405 setzen uns dafür ein, bestehende Naturschutzräume qualitativ aufzuwerten und zu  
406 vernetzen, sowie bedrohte Tier- und Pflanzenarten gezielt zu schützen, statt pauschal immer  
407 mehr Fläche aus der Produktion zu nehmen. Dazu gehört auch, Förderprogramme  
408 konsequenter auf die Zielerreichung auszurichten. Artenschutz verstehen wir  
409 wissenschaftsbasiert und dynamisch statt als starres Verbotssystem – damit Schutz gelingt  
410 und Akzeptanz entsteht.

411 **Naturschutz machen wir durch weniger Verbote und mehr Anreizwirkung deutlich**  
412 **attraktiver**

413 Naturschutz wollen wir Freien Demokraten aus der Verbotsecke rausholen. Nutzen wir also  
414 die Expertise von Landwirten, Waldbesitzern, Jägern, Anglern und  
415 Gewässerunterhaltungsverbänden. Beziehen wir ihre Ideen konsequent ein, um gemeinsam  
416 Erfolge zu erzielen. Lassen wir durch Experimentierklauseln in Gesetzen Raum fürs  
417 Ausprobieren. Belohnen wir Erfolge und lernen aus Fehlern. Statt ausgeklügelter  
418 Förderprogramme, die aufwändig gemanagt werden müssen, brauchen wir mehr Werkzeuge  
419 mit Anreizwirkung. Machen wir Naturschutz endlich wieder zum echten Mitmachprojekt.

420 **Naturschutzmaßnahmen lenken wir dahin, wo sie den höchsten Effekt bringen**

421 Nehmen wir für Maßnahmen zur Verbesserung von Ökosystemen besonders urbane Räume  
422 in den Blick. Nur noch extensiv gepflegte Grünflächen sparen Aufwand für Kommunen und  
423 schenken urbanen Räumen Biodiversität. Hecken, Alleen oder Parks filtern Staub,  
424 produzieren Sauerstoff und fördern die Taubildung insbesondere zur sommerlichen Kühlung  
425 des bebauten Umfeldes. Naturschutz kann so zur Klimaanlage für Städte werden. Alles  
426 zusammen wertet urbane Räume auf und kommt so einem erheblichen Bevölkerungsanteil  
427 ganz direkt und spürbar durch Verbesserung des täglichen Lebensumfeldes zugute. An

428 zweiter Stelle sind Maßnahmen auf die extensive Pflege aufgebener  
429 Landwirtschaftsflächen zu konzentrieren. Das minimiert Zugriffe auf Produktionsstandorte,  
430 fördert Artenvielfalt effektiv und trägt wirksam zur Erhaltung der Kulturlandschaft bei.  
431 Nutzen wir diese positiven Effekte und reizen freiwilligen Naturschutz wirksam an.

#### 432 **Wasser schützen – zielgenau, verursachergerecht, praxistauglich**

433 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Wir setzen auf die 1:1-Umsetzung der EU-  
434 Wasserrahmenrichtlinie, auf das Verursacherprinzip und auf Maßnahmen, die nachweislich  
435 wirken. In dürregeplagten Waldgebieten sollen Pflichten zur Unterhaltung von  
436 Entwässerungsgräben entfallen, wenn diese historisch der Absenkung dienten und heute den  
437 Wasserrückhalt schädigen. So stärken wir Wälder als natürliche Wasserspeicher.

#### 438 **Forstverwaltung modern machen – krisenfest, klimastabil und zukunftssicher**

439 Forstleute und Waldbesitzende müssen eine Jahrhundertaufgabe meistern. Die gewaltigen  
440 Schäden, die Stürme, Dürre und Schadinsekten angerichtet haben, müssen beseitigt werden.  
441 Wälder sollen zu klimaresilienten Waldökosystemen umgebaut werden. Dafür brauchen wir  
442 einen umfangreichen und effektiven Instrumentenkasten mit Anreizwirkung und eine  
443 moderne Forstverwaltung.

444 Eine kluge Forststrukturreform muss die Trennung zwischen Hoheit, Betrieb und  
445 Dienstleistung aufheben; sie ist nicht mehr zeitgemäß. Die Bewirtschaftung des Privatwaldes  
446 ist durch eine gute Beratung und Betreuung deutlich zu steigern. Private Forstdienstleister  
447 dürfen nicht mehr im Markt benachteiligt werden. Forstverwaltungen müssen ihre  
448 Leistungen zu Marktpreisen anbieten – so setzt sich das wirtschaftlichste Angebot für alle  
449 durch.

450 Wald zukunftsfest machen heißt: Freiheit vor Ort, Wissen aus der Praxis. Nachhaltiger  
451 Waldumbau gelingt mit Fachwissen, Akzeptanz und Verantwortung vor Ort. Wir denken Wald  
452 und Wild als Ökosystem, setzen auf situationsbezogene Lösungen mit Fachleuten und  
453 respektieren Entscheidungen der Jagdausübungsberechtigten im Revier. Fachbeiräte sollen  
454 breit mit Nutzer- und Interessengruppen besetzt werden, damit Maßnahmen fachbasiert  
455 sind und umgesetzt werden. Waldeigentümer brauchen Spielräume bei Baumarten, solange  
456 Standorteignung und Nicht-Invasivität gegeben sind. Ein engmaschiges Waldmonitoring,  
457 aktualisierte Waldbrandrisiken und ein deutlich verbesserter Brandschutz gehören zur  
458 Vorsorge. Holz soll stärker in langlebigen Nutzungen eingesetzt werden – als Baustoff und in  
459 Produkten, die CO<sub>2</sub> langfristig binden.

460 Waldbesitzer wollen wir wirksam unterstützen, damit sie dem Multitalent Wald helfen  
461 können. Der Wald hat vielfältige Funktionen als Lebens- und Erholungsraum,  
462 Trinkwasserreservoir, Treibhausgassenke und Rohstofflieferant. Umweltschutz und  
463 Wirtschaftswachstum sind für uns kein Widerspruch. Denn eine gesunde Umwelt und der

464 schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind die Voraussetzung für eine  
465 langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Dazu wollen wir die  
466 Voraussetzungen schaffen, um Stilllegungen unbedingt zu vermeiden und mehr Wald in  
467 Bewirtschaftung zu bringen, konsequent in allen Förderprogrammen von heimischen auf  
468 standortangepasste Arten umzustellen, Waldbesitzern die Freiheit zu geben, ihre  
469 Bewirtschaftung an den Klimawandel anpassen zu können, Gemeinwohlleistung der Wälder  
470 marktorientiert honorieren zu können und ökonomische Klimapolitik durch Einbindung der  
471 Wälder in den EU-Emissionshandel zu stärken.

472 **Jagdrecht modernisieren und Wolf managen – Artenschutz und Nutztierschutz**  
473 **zusammenbringen**

474 Jagdrecht wollen wir weiter spürbar modernisieren. Um auf invasive Arten reagieren zu  
475 können, sind sie ins Jagdrecht aufzunehmen und deren Bestände zu managen.

476 Auch andere Tierarten, die aufgrund des erfolgreichen Artenschutzes inzwischen stabile  
477 Populationen gebildet haben müssen in Zukunft gemanagt werden, wie etwa die  
478 Saatkrähen oder der Wolf. Die Population des Wolfes muss so gemanagt werden können,  
479 dass Arten- und Nutztierschutz in unserer Kulturlandschaft dauerhaft gelingen. Dazu sind für  
480 den Wolf Populationsuntergrenzen festzulegen, die den günstigen ökologischen Zustand der  
481 Population nicht gefährden. Im Jagdrecht ist eine konsequente Trennung der Rechtskreise  
482 umzusetzen. Für die Rissbegutachtungen sind Verfahren zu suchen, die das Vertrauen der  
483 Weidetierhalter wieder herstellen. Wolfsangriffe und die daraus entstehenden Schäden sind  
484 konsequent zu entschädigen.

485 **Klima schützen – technologieoffen, marktwirtschaftlich, wirksam**

486 Klimapolitik darf nicht in Bevormundung, Verboten und teuren Symbolmaßnahmen  
487 ableiten. Wir setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente und wirksame CO<sub>2</sub>-Reduktion  
488 dort, wo sie am meisten bringt. Emissionshandel ist dabei das Leitinstrument, es muss andere  
489 Steuern und Abgaben ersetzen. Gleichzeitig nutzen wir natürliche Klimaschutzpotenziale:  
490 zusätzliche Aufforstung und Baumpflanzungen sollen als Option in Emissionshandel- und  
491 Abgabensysteme eingebunden werden, damit Klimaschutz konkret sichtbar wird – mit  
492 messbarem Effekt.

## 493 **KAPITEL 2: SELBSTBESTIMMTES LEBEN**

### 494 **WIE ES IST**

495 Man ist nie zu alt, um zu lernen. Vom ersten Tag bis weit in den Ruhestand können wir uns  
496 weiterentwickeln und uns, unsere Talente und die Welt entdecken. Bildung gibt uns die  
497 Freiheit, zu träumen und unsere Zukunft selbst zu gestalten. Eine gute Bildung ist unersetzlich  
498 für unsere Gesellschaft und die liberale Demokratie. Sie verspricht Chancengleichheit und  
499 stellt sicher, dass Lebenschancen nicht vom Geburtsort oder den Eltern abhängen. Doch  
500 dieses Versprechen lösen wird nicht immer ein. Zu oft noch fällt der Unterricht wegen  
501 Lehrermangels aus. Zu viele Schüler verlassen die Schule ohne ausreichende Kenntnisse im  
502 Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Unterschiede in den Schulleistungen sind zu groß. Lehrer  
503 müssen zu viel Zeit mit Angelegenheiten verbringen, die nichts mit dem Unterrichten zu tun  
504 haben.

505 Digitale Infrastruktur liegt inzwischen an fast jeder Schule an, allerdings nutzen noch nicht  
506 alle Schulen die digitalen Möglichkeiten. Damit bleiben Chancen ungenutzt, die digitale  
507 Medien bieten. Bei Lehrerausfall wären Vertretungsstunden durch einen Fachlehrer im  
508 Distanzunterricht oft leichter zu realisieren als in Präsenz.

509 Gleichzeitig sorgen sinkende Kinderzahlen in den Kitas und Schulen für zusätzlichen Druck,  
510 nicht nur im ländlichen Raum. Entscheidungen stehen an, um möglichst viele dieser Kitas und  
511 Schulen zu erhalten und ein dichtes Bildungsnetz zu knüpfen.

### 512 **WAS WIR WOLLEN**

513 Wir Freie Demokraten wollen in Sachsen-Anhalt ein Bildungsumfeld schaffen, das jedem  
514 Menschen – ob im Kindergarten, in der Schule, Hochschule oder der Erwachsenenbildung –  
515 beste Chancen ermöglicht. Alle Bildungswege sind uns gleich viel wert. Das muss sich auch in  
516 der Ausstattung der Einrichtungen widerspiegeln: von der Kita bis zur Berufsschule oder  
517 Hochschule brauchen wir moderne Lernumgebungen auf dem neuesten Stand der Technik.

518 Die vorhandene moderne digitale Infrastruktur soll nun durch eine entsprechende Struktur  
519 und Geräte in allen Schulen ergänzt werden, um zeitgemäßes Lernen zu ermöglichen und  
520 Unterrichtsausfall – gerade im ländlichen Raum – möglichst zu vermeiden. Wir investieren in  
521 gute, nachhaltige und barrierefreie Schulgebäude und arbeiten daran, digitale Kompetenzen  
522 zu verbessern und die Freude am Lernen zu fördern. Wir investieren außerdem in die  
523 Berufsausbildung, Hochschulen und Universitäten und bereiten uns so auf die Zukunft vor.

524 Gleichzeitig setzen wir auf Chancengerechtigkeit: Kinder, die sprachliche oder soziale  
525 Startnachteile haben, unterstützen wir frühzeitig, damit ein erfolgreicher Schulstart gelingt.  
526 Schulen in sozial benachteiligten Gegenden statten wir mit zusätzlichen Ressourcen aus,  
527 damit kein Kind zurückbleibt.

528 Wir schenken Lehrkräften das Vertrauen und den Freiraum, den sie für ihre Arbeit benötigen.  
529 Lebenslanges Lernen wollen wir als Selbstverständlichkeit etablieren – durch bessere  
530 Zugänge zur Weiterbildung für jede Bürgerin und jeden Bürger, damit Sachsen-Anhalts  
531 Menschen den Wandel der Arbeitswelt aktiv mitgestalten können. Auf diese Weise schaffen  
532 wir ein Bildungssystem, in dem Menschen von Geburt an bis ins hohe Alter auf ihre Weise  
533 lernen können.

## 534 **WAS WIR MACHEN**

### 535 **Schulen und Kitas in einem Ministerium bündeln**

536 Die FDP Sachsen-Anhalt fordert, die Zuständigkeiten für Schulen, Kitas und Horte in einem  
537 Ministerium zu bündeln. Damit sollen die Übergänge zwischen frühkindlicher Bildung und  
538 Schule besser verzahnt und Doppelstrukturen abgebaut werden.

### 539 **Frühkindliche Bildung: Starke Startchancen statt Verwahrung**

540 Unsere Überzeugung: Eine starke Gesellschaft entsteht aus starken Individuen. Der  
541 Grundstein für ein gelingendes Leben wird dafür in den Kitas gelegt. Entscheidend ist  
542 Qualität: Zeit für jedes Kind, gute Sprachförderung, stabile Teams und eine enge Verzahnung  
543 von Kindertagesstätte, Hort und Grundschule, damit Übergänge nicht zu Brüchen werden.  
544 Gleichzeitig müssen Kitas so organisiert sein, dass sie zum Alltag der Familien passen – mit  
545 flexiblen Öffnungszeiten nach tatsächlichem Bedarf. Beitragsstabilität bleibt ein Ziel – aber  
546 nicht um den Preis sinkender Qualität. Dazu gehören Transparenz über reale  
547 Betreuungskosten sowie mehr Entscheidungsspielräume für Einrichtungsleitungen und  
548 Träger, damit gute Pädagogik nicht im Verwaltungsdickicht stecken bleibt.

### 549 **Sprache ist der Schlüssel zur Welt.**

550 Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder die deutsche Sprache am Ende des Kindergartens  
551 vor Schuleintritt sicher beherrschen. Die Sprachvermittlung ist für uns Freie Demokraten die  
552 Priorität in der frühkindlichen Bildung. Deshalb ist eine verbindliche Sprachstandsfeststellung  
553 mit Vollendung des 3 Lebensjahres erforderlich. Werden Sprachdefizite festgestellt, müssen  
554 diese bis zum Schulbeginn aufgeholt werden. Dabei sind Eltern und Einrichtungen in der  
555 Pflicht. Wir wollen dazu alle Potentiale, so auch die Expertise von Logopäden, nutzen. Die  
556 entsprechende Förderung kann in der Kindertageseinrichtung oder in einer Praxis für  
557 Logopädie erfolgen.

558 Die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache auszudrücken ist auch erforderlich, wenn Schüler  
559 in höherem Alter in unser Land ziehen. Hier ist jeweils festzustellen, ob eine sprachliche  
560 Vorbereitung oder ein den Unterricht begleitender zusätzlicher Sprachunterricht der  
561 sinnvollste Weg ist.

562 **Für echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

563 Wir starten ein landesweites Modellprojekt zur Förderung von „Gemeinschaftsbüros mit  
564 Kinderbetreuung“ und mobilen Betreuungsreserven. Anstatt Eltern allein zu lassen, fördern  
565 wir Zentren, in denen Eltern arbeiten können, während ihre Kinder im selben Gebäude  
566 professionell betreut werden. Zudem unterstützen wir den Aufbau von  
567 Betreuungszusammenschlüssen, die kurzfristig und unbürokratisch einspringen, wenn  
568 Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Kindertagesstätten liegen – etwa  
569 bei Schichtarbeit oder im ländlichen Raum. Dieses Programm soll als Brücke dienen, um die  
570 starren Strukturen der herkömmlichen Betreuung zu überwinden und jungen, beruflich  
571 engagierten Eltern die optimale Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

572 **Familienpolitik**

573 Obschon Sachsen-Anhalt über eine hohe Betreuungsdichte verfügt, stellt die  
574 Kinderbetreuung viele berufstätige Eltern vor eine Herausforderung, die mit ihren  
575 arbeitsbedingten Anforderungen schwer in Einklang zu bringen ist. Denn zukunftsfähige  
576 Betreuung endet nicht bei Öffnungszeiten – sie beginnt bei der Qualität der pädagogischen  
577 Arbeit. Denn mit der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten wird der Grundstein  
578 zu einem selbstbestimmten und verantwortungsvollen Leben gelegt. Um Sachsen-Anhalts  
579 Talente von morgen zu entdecken und zu fördern, ist es unerlässlich, das Niveau der  
580 frühkindlichen Bildung im Hinblick auf die rasant zunehmende Komplexität unserer Lebens-  
581 und Berufswelt anzuheben. Erzieher müssen hierfür entsprechend ausgebildet und von  
582 bürokratischen Dokumentationspflichten entbunden werden, um sich ihren Kernaufgaben  
583 widmen zu können. Einbetten wollen wir dies in ein Bildungsgesamtkonzept und die damit  
584 einhergehende und zwingend erforderliche engere Kooperation und Verzahnung von  
585 Kindertagesstätte, Hort und Grundschule, um den langfristigen Bildungserfolg eines jeden  
586 Kindes zu ermöglichen. Zudem fordern wir eine weitere Anpassung des Betreuungsschlüssels  
587 unter Einbezug der Erfordernisse der individuellen Kinderförderung sowie der notwendigen  
588 zeitlichen Kontingente für die Vor- und Nachbereitung sowie Fort- und Weiterbildungen der  
589 Erzieher. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass nicht nur Fachkräfte, sondern auch  
590 unterstützendes Personal eingesetzt werden.

591 Hohe Qualität in der frühkindlichen Bildung darf jedoch nicht an finanziellen Hürden  
592 scheitern – deshalb nehmen wir auch die Beitragsgestaltung in den Blick. Wir wollen  
593 Fehlanreize in der Geschwisterkindregelung auflösen, ohne diese abzuschaffen. Um  
594 unnötige Kosten zu reduzieren, ist ein Bürokratieabbau unabdingbar. Da die Bedürfnisse der  
595 Kinder variieren und Eltern unterschiedliche Schwerpunkte in der Erziehung setzen, fordern  
596 wir entsprechend der Ausweitung der Entscheidungsspielräume der Tagesstättenleitung  
597 sowie eine starke und bürokratiearme Unterstützung von Einrichtungsträgern bei der  
598 Realisierung von bedarfsgerechten Kinderförderprojekten.

599 **Leistung fördern, Aufstieg ermöglichen: Vielfalt der Wege statt Gleichmacherei**

600 Wir streben nach einer Gesellschaft ohne Barrieren – in Köpfen, Institutionen und im Alltag.  
601 Ein Miteinander, das Teilhabe ermöglicht statt verhindert. Denn nur dort, wo Menschen frei  
602 denken und handeln können, entstehen Innovation, Kreativität und Zusammenhalt. Auch  
603 Bildungsgerechtigkeit entsteht nicht durch Einheitsmodelle, sondern durch passgenaue  
604 Wege. Ein vielfältiges Schulsystem nimmt unterschiedliche Begabungen ernst und eröffnet  
605 Aufstieg – über Praxis genauso wie über akademische Laufbahnen. Leistung braucht zudem  
606 klare Rückmeldung und transparente Standards; Begabtenförderung und Wettbewerbe  
607 können Talente zusätzlich motivieren und sichtbar machen.

608 **Digitale Bildung und Medienkompetenz: Souveränität statt Überforderung**

609 Digitale Bildung beginnt nicht beim Gerät, sondern bei Kompetenz: Informationen prüfen,  
610 Quellen bewerten, Desinformation erkennen, verantwortungsvoll kommunizieren – das  
611 gehört systematisch in Schule und Lehrkräftebildung. Dafür braucht es moderne  
612 Infrastruktur, einheitliche datenschutzkonforme Lernplattformen und vor allem eine  
613 professionelle IT-Betreuung, damit Pädagoginnen und Pädagogen nicht nebenbei  
614 Administratoren sein müssen. Wir wollen außerdem Freiräume für Schulen, um digitale  
615 Konzepte vor Ort zu entwickeln und neue Formate wie Hybridunterricht oder KI-gestützte  
616 Lernwerkzeuge zu erproben – begleitet von Forschung und Evaluation, damit Innovation  
617 messbar besser wird.

618 **Smartphone und Social Media: Vorbereitung statt Verbote**

619 Der Umgang mit digitalen Medien an Schulen kann und muss vor Ort entschieden werden:  
620 das gilt für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht wie für die Handynutzung auf dem  
621 Schulgelände. Wer Kinder und Jugendliche auf die digitale Welt vorbereiten will, der braucht  
622 keine Verbote, sondern gute Unterstützungsangebote auch für Eltern. Wir Freie Demokraten  
623 fürchten eine Auseinandersetzung mit sozialen Medien, Algorithmen und Künstlicher  
624 Intelligenz nicht, sondern stellen die Befähigung zur mündigen Nutzung von digitalen  
625 Plattformen in die Mitte unserer Politik. Pauschale Verbote, etwa von sozialen Medien im  
626 Jugendalter, lehnen wir ab. Wir setzen auf eigenverantwortliches Handeln und die  
627 pädagogische Expertise vor Ort. Angebote der Medienbildung bauen wir stetig weiter aus.

628 **Bildung**

629 **Wiedereinführung des Leistungskurses Geschichte**

630 Wir fordern die Wiedereinführung des Leistungskurses Geschichte an Gymnasien in Sachsen-  
631 Anhalt. Geschichte stärkt das demokratische Bewusstsein, vermittelt Orientierung in einer  
632 komplexen Welt und fördert die Fähigkeit zu kritischer Urteilsbildung. Ein eigenständiger  
633 Leistungskurs verleiht diesem wichtigen Fach wieder das notwendige Gewicht in der  
634 gymnasialen Oberstufe.

635 **Profilklassen mit dem Schwerpunkt Informatik ermöglichen**

636 Wir wollen an weiterführenden Schulen Profilklassen mit dem Schwerpunkt „Künstliche  
637 Intelligenz“ schaffen. Dort sollen Schülerinnen und Schüler gezielt Kompetenzen in  
638 Künstliche Intelligenz, Datenanalyse, Algorithmik und Softwareentwicklung erwerben. So  
639 fördern wir Zukunftstechnologien frühzeitig im Unterricht und bereiten junge Menschen auf  
640 die digitale Arbeitswelt von morgen vor.

641 **Landeseinheitlicher Schülerkostensatz**

642 Ein landeseinheitlicher Schülerkostensatz sorgt dafür, dass Bildung fair finanziert wird –  
643 unabhängig vom Schulträger oder dem finanziellen Spielraum der Kommune. Für Sachsen-  
644 Anhalt - mit seinen zahlreichen kleinen Schulen im ländlichen Raum und unterschiedlichen  
645 Trägersituationen - ist dieses Modell geeignet, um Bildungschancen gleichwertig zu sichern.  
646 Gleichzeitig setzen wir damit ein Signal: Gute Schulen sind in erster Linie eine Investition in  
647 Talente, Chancengerechtigkeit und Zukunft – erst in zweiter Linie eine Kostenfrage.

648 Wir fordern:

- 649 • Einführung eines landeseinheitlichen Schülerkostensatzes je Schulform, der  
650 gleichermaßen für alle öffentlichen und freien Schulen in Sachsen-Anhalt gilt – damit  
651 gute Bildung keine Frage der Schulträgerschaft oder des Elternbeitrags ist.
- 652 • Der Kostensatz orientiert sich an richtwertbasierten Vorgaben: Er deckt den  
653 tatsächlichen Aufwand für Grundversorgung, Betreuung und Förderung der  
654 Schülerinnen und Schüler einer Schulform ab – unter Berücksichtigung regionaler  
655 Besonderheiten (z. B. ländlicher Raum, Schulgröße, Sozialindex).
- 656 • Der Kostensatz wird jährlich transparent ausgewiesen und angepasst – so schaffen  
657 wir Planungssicherheit für Schulen, Schulträger und Eltern.
- 658 • Öffentliche Mittel sollen so verwendet werden, dass Qualität in der Bildung Vorrang  
659 hat vor pauschaler Beitragsfreiheit ohne Standards.
- 660 • Freie Schulen werden beim Kostensatz gleichbehandelt und in die  
661 Ressourcenzuweisung einbezogen. So sichern wir: Förderung, Eigenverantwortung  
662 und Trägerfreiheit werden gestärkt, statt Benachteiligung.
- 663 • Das Land führt ein Monitoring-System ein, das jährlich überprüft, inwieweit der  
664 Schülerkostensatz Wirkung zeigt: z. B. bei Ausstattung, Personal, Zusatzangeboten,  
665 sozialer Mix und Schulqualität – analog zu den in Brandenburg und Sachsen  
666 formulierten Konzepten zur Qualitätssicherung.

667 **Lehrkräfte stärken: Mehr Unterricht, weniger Papier**

668 Gute Schule scheitert oft nicht an Ideen, sondern an Überlastung. Wer Lehrkräfte entlastet,  
669 sorgt am Ende dafür, dass Kinder mehr verlässlichen Unterricht erleben, Feedback  
670 bekommen und echte Förderung statt „Verwaltung von Unterrichtsausfall“ stattfindet. Dazu  
671 gehört: unterrichtsfremde Aufgaben auf mehr Schultern verteilen – wie zum Beispiel durch

672 die Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Verwaltungsassistenz oder professionelle IT-  
673 Unterstützung an Schulen. Und es heißt: Schluss mit Dokumentationspflichten, die  
674 pädagogisch nichts bringen. Weniger Statistik und Nachweislogik bedeutet mehr Zeit für  
675 Vorbereitung, Elternarbeit und Unterricht – also genau das, was Schule wirksam macht.

#### 676 **PPP für Bildungsinfrastruktur**

677 Sachsen-Anhalt steht vor der Herausforderung, die Bildungsinfrastruktur zu modernisieren  
678 und dabei Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen. Mit PPP-Modellen wollen wir jetzt  
679 öffentliche Mittel gezielt einsetzen, um dringend benötigte Investitionen in moderne  
680 Lernorte zu tätigen:

- 681 • Sachsen-Anhalt unterstützt gezielt Public Private Partnership-Modelle (PPP) für den  
682 Ausbau, die Modernisierung und den langfristigen Betrieb schulischer und früh-  
683 kindlicher Bildungsinfrastruktur, um qualitativ hochwertige Lernräume  
684 bedarfsgerecht, zeitnah und kosteneffizient zu schaffen.
- 685 • PPP-Modelle werden dann gewählt, wenn Planung, Bau, Ausstattung und Betrieb  
686 von Bildungsinfrastruktur gemeinsam mit privaten Partnern effizienter, innovativer  
687 und terminsicher realisiert werden können – unter Wahrung öffentlicher Steuerung,  
688 hoher Bildungsqualität und langfristiger Nutzbarkeit.
- 689 • Besonders in ländlichen Regionen und strukturschwachen Kommunen wollen wir mit  
690 PPP-Lösungen kleinere Schulen, moderne Fachräume, digitale Lerninfrastruktur und  
691 Ganztagsangebote sichern – weil öffentliche Haushaltsmittel alleine oft nicht  
692 ausreichen, um den Sanierungsstau und die Anforderungen an moderne Lern-  
693 umgebungen zu bewältigen.
- 694 • PPP-Projekte werden nach klaren Kriterien ausgewählt: Transparenz bei Kosten und  
695 Nutzen, Ausschreibungen mit Wettbewerb, langfristige Nutzungsverträge und eine  
696 verbindliche Evaluation nach Fertigstellung und Betrieb. Öffentlicher Auftrag und  
697 Qualität bleiben in staatlicher Verantwortung – private Partner übernehmen Bau,  
698 Ausstattung oder Betrieb mit marktwirtschaftlichem Ansatz.
- 699 • Das Land unterstützt Kommunen bei der Umsetzung von PPP-Projekten mit  
700 Standard-Vertragsmustern, Risikomanagement-Rahmen und einer Anlaufstelle im  
701 Bildungsministerium, damit PPP-Projekte planbar, rechtssicher und effizient  
702 realisiert werden können.
- 703 • Die Bildungsqualität bleiben unabhängig vom Finanzierungs- bzw. Betreibermodell:  
704 Schulträger und Bildungsaufsicht behalten Steuerung, Pädagogik und Inhalte  
705 vollständig in der Hand. PPP dient ausschließlich der Infrastruktur – nicht der  
706 pädagogischen Inhalte.

## 707 **Wir setzen auf die Lehrer**

708 Wir setzen auf Qualität, Vielfalt und Innovation in der Bildung. Dafür investieren wir  
709 vorrangig in die Menschen, die Bildung möglich machen – die Erzieherinnen und Erzieher,  
710 Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilder und Dozenten. Sie brauchen die bestmögliche Ausbildung,  
711 laufende Weiterbildung und ein Arbeitsumfeld, das es ihnen erlaubt, sich auf ihre  
712 pädagogischen Kernaufgaben zu konzentrieren. Deshalb werden wir Bürokratie abbauen und  
713 auch in Zukunft Unterstützungskräfte einstellen, damit Lehrkräfte und Erziehende entlastet  
714 werden.

## 715 **Lehramtsausbildung neu ausrichten – dem Lehrkräftemangel wirksam begegnen**

716 Der Mangel an qualifizierten Lehrkräften gehört zu den größten Herausforderungen unseres  
717 Bildungssystems – insbesondere in Sachsen-Anhalt. Vor allem in ländlichen Regionen führt  
718 er zu häufigem Unterrichtsausfall und einer wachsenden Belastung für Schulen, Eltern sowie  
719 Schülerinnen und Schüler. Diese Entwicklung gefährdet Bildungsgerechtigkeit und  
720 Zukunftschancen. Wir brauchen deshalb ein entschlossenes Umsteuern – mit zeitgemäßen  
721 Ausbildungswegen, attraktiven Rahmenbedingungen und einer praxisnäheren  
722 Lehrkräftegewinnung:

- 723 • Für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger fordern wir ein verbindliches, 1,5-  
724 jähriges Qualifizierungsprogramm mit pädagogischer Schulung, begleitenden  
725 Fortbildungen und individuellem Mentoring – nach Vorbild erfolgreicher Modelle.  
726 Hochschulen sollen ergänzend praxisnahe berufsbegleitende Angebote schaffen.
- 727 • Praxiseinsätze im Lehramtsstudium – z. B. als Vertretungslehrkraft oder im  
728 Praxissemester – sollen bei entsprechender Qualität auf das Referendariat  
729 angerechnet werden können. Zudem wollen wir Programme ausbauen, bei denen  
730 fortgeschrittene Lehramtsstudierende als Tutorinnen und Tutoren  
731 unterrichtsbegleitend eingesetzt und professionell begleitet werden.

## 732 **Unterrichtsergänzende Angebote**

733 Wir stärken zudem unterrichtsergänzende Angebote an Schulen und bauen gezielt  
734 Kooperationen mit Vereinen, Kultureinrichtungen und außerschulischen Trägern aus. Gerade  
735 im Ganztagsbereich sollen Sport-, Musik- und Kulturangebote fester Bestandteil des  
736 Schulalltags werden. Dafür sind entsprechende Mittel bereitzustellen, damit Schulen solche  
737 Kooperationen verlässlich planen und umsetzen können.

## 738 **Schulstandorte erhalten Gesellschaft**

739 Gute Bildung braucht erreichbare Schulen. Gerade im ländlichen Raum sichern  
740 Schulstandorte Gemeinschaft, Ehrenamt und Zukunft. Deshalb setzen wir auf  
741 Schulnetzwerke statt kalter Schließungslogik: mehrere Standorte können organisatorisch  
742 zusammengeführt werden, Unterrichtsangebote und Fachpersonal werden geteilt – und

743 dort, wo es sinnvoll ist, kommt die Lehrkraft zum Standort, nicht das Kind zum entfernten  
744 Zentrum. Schulgebäude sollen außerdem stärker als Orte im Dorf funktionieren – auch am  
745 Nachmittag, gemeinsam mit Vereinen und Kultur.

#### 746 **Berufliche Bildung und duale Ausbildung: Fachkräfte sichern, Praxis aufwerten**

747 Sachsen-Anhalt braucht mehr Respekt und Sichtbarkeit für berufliche Wege. Duale  
748 Ausbildung ist ein Aufstiegsmodell – sie muss modern sein: digitaler Unterricht an  
749 Berufsschulen, stärkere IT- und Medienkompetenz in den Ausbildungsgängen und eine  
750 Berufsorientierung, die junge Menschen nicht automatisch Richtung Studium schiebt,  
751 sondern Chancen in Handwerk, Industrie und Mittelstand offensiv zeigt. Ergänzend setzen  
752 wir auf „Räume für Macher“: öffentlich zugängliche Makerspaces in Bibliotheken, Schulen  
753 und geeigneten Orten, in denen Jugendliche und Erwachsene Technik, Kreativität und  
754 Unternehmergeist praktisch lernen können – stationär und mobil, gemeinsam mit Partnern  
755 aus der Region.

#### 756 **Wissenschaft**

##### 757 **Wissen wächst, wenn man es teilt**

758 Unsere Hochschulen sind Innovationszentren für die Zukunft: offen, international und  
759 leistungsorientiert. Ein durchgängiger Bildungsweg, der bereits in der Schule ansetzt, sichert  
760 die Studienkompetenz künftiger Generationen. Zusätzlich schaffen wir Freie Demokraten  
761 verlässliche Karrierewege: Mit definierten Karrierepfaden (Tenure-Track-Professuren) und  
762 fairen dem Wissenschaftsbereich entsprechenden Arbeitsbedingungen stärken wir  
763 Forschungsambitionen und offene Aufstiegsmöglichkeiten.

764 Die Hochschulen sollen auch in Zukunft Zielvereinbarungen mit dem Land schließen. Sie  
765 tragen Verantwortung für Personal, Profil und Budget sowie die Bauherrenereignenschaft. Das  
766 schafft Effizienz, Eigenständigkeit und Innovationskraft im Wettbewerb. Autonomie ist aber  
767 vor allem für den Bereich der Forschung und Lehre elementar. Wir lehnen deshalb  
768 Beschränkungen der Forschung etwa durch sogenannte Zivilklauseln ab. Hochschulen  
769 müssen im Rahmen der Meinungsfreiheit ein Ort der Diskussion und des Austausches sein.  
770 Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aber auch Tendenzen, Mitgliedern der Hochschule  
771 die freie Meinungsäußerung zu beschneiden, haben bei uns keinen Platz.

772 Damit Spitzenleistungen gedeihen, sorgen wir für günstige Rahmenbedingungen. Das gilt  
773 auch für die Studierenden. Bezahlbarer Wohnraum durch den Markt und in Kooperation mit  
774 Studentenwerken, gezielte Förderung studentischer Innovationsprojekte und eine  
775 kontinuierliche Evaluation von Studienverläufen bieten die nötige Unterstützung. Psychische  
776 Gesundheit und Wohlbefinden stehen dabei im Fokus, denn nur wer sich frei entfalten kann,  
777 bringt Ideen voran. So lassen wir eine Campuslandschaft entstehen, die Wissen beflügelt und  
778 unser Land zum hervorragenden Forschungs- und Studienstandort.

779 Wir werden:

- 780 • bestehende Hochschulstandorte insbesondere im ländlichen Raum gezielt  
781 unterstützen und strukturell fördern
- 782 • Grundmittel je Studierenden, Betreuungsrelation und Raumausstattung erhalten
- 783 • Wir werden uns dafür einsetzen, mehr englischsprachige Studienprogramme und  
784 Module in den Curricula unserer Hochschulen zu verankern
- 785 • die Kooperation zwischen Schule und Hochschule stärken, um die Studierfähigkeit  
786 der Abiturienten zu verbessern und den Übergang zwischen Schule und Hochschule  
787 zu erleichtern
- 788 • eine angemessene Versorgung mit studentischem Wohnraum sichern
- 789 • die Rolle privater Hochschulen anerkennen und bei nachgewiesener Qualität  
790 ermöglichen, dass sie von staatlichen Förderprogrammen nicht ausgeschlossen  
791 werden
- 792 • Anreize setzen für die Herausbildung von hochschulspezifischen fachlichen  
793 Schwerpunkten, insbesondere mit Verknüpfung zu regional starken  
794 Industriezweigen, zum Beispiel durch besondere Berücksichtigung bei  
795 Förderprogrammen
- 796 • strategische Zukunftslabore an Hochschulen einrichten für Themen wie KI, Robotik  
797 oder synthetische Biologie
- 798 • den Digitalisierungsschub der Hochschulen verstetigen – durch eine verlässliche  
799 Finanzierung und die Sicherung einer kombinierten digitalen Lehre mit der Lehre in  
800 Präsenz. Unterstützung aller Vorgänge durch digitale Prozesse.
- 801 • Wettbewerb um Studierende durch passgenaue Angebote stärken
- 802 • die Teilnahme an Vorlesungen eigenverantwortlich regeln
- 803 • Keinen Wettbewerb um Studierende durch ein Absenken der Zugangskriterien. Die  
804 Studienzugangsberechtigung bleibt Mindestvoraussetzung, ergänzt durch eine  
805 mögliche Hochschulzugangsprüfung. Das senkt Abbruchquoten und stärkt den  
806 Fachkräftenachwuchs. Dies gilt auch für beruflich erworbene  
807 Studienzugangsberechtigungen.
- 808 • keinen Zwang zur Mitgliedschaft in der Studierendenschaft

### 809 **Forschung ist Zukunft – wir investieren in kluge Köpfe**

810 Forschung ist der Herzschlag unserer Gesellschaft: Sie entfacht Innovation, schafft  
811 Wohlstand und gestaltet unsere Zukunft. Sachsen-Anhalt soll ein Ort sein, an dem auch  
812 internationale Spitzenforscher sich zuhause fühlen. Unsere Hochschulen sind Motoren für  
813 Innovation und regionale Wertschöpfung. Damit Forschung wirklich wirkt, braucht sie  
814 Freiräume: weniger bürokratischer Ballast bei Anträgen und Nachweisen, mehr verlässliche  
815 Finanzierung und stärkere Brücken von Hochschule zu Start-ups und Mittelstand.  
816 Kooperationen zwischen Schulen und Hochschulen sollen außerdem helfen, Studierfähigkeit

817 zu sichern und Übergänge zu erleichtern – ohne neue Zentralsteuerung, sondern über klare  
818 Ziele und gute Rahmenbedingungen.

819 Parallel stärken wir unsere Universitäten im bundesweiten Exzellenzwettbewerb, damit  
820 Sachsen-Anhalt auch künftig Weltspitze in Forschung bleibt. So schaffen wir einen  
821 Wissenschaftsstandort, der Neugier fördert, Freiräume öffnet und Ideen den Raum gibt,  
822 unsere Welt nachhaltig zu verändern.

823 Wir werden:

- 824 • Unser Land als Forschungsstandort weltweit bekannter machen, um eine Sogwirkung  
825 auf internationale Talente zu haben
- 826 • Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft stärken. Regionale Vernetzung  
827 stärkt Wissens- und Technologietransfer, besonders für kleine und mittlere  
828 Unternehmen. Bachelorstudiengänge sollen berufsqualifizierend sein.
- 829 • Forschungsschwerpunkte finanziell stärken
- 830 • den Zeit- und Personalaufwand für Forschungsanträge und Dokumentationspflichten  
831 durch den Abbau von Bürokratie reduzieren
- 832 • zentrale bürokratische Hürden in der Forschungsförderung abbauen und  
833 innovationsfreundlichere Rahmenbedingungen schaffen
- 834 • Kleinstförderungen auflösen
- 835 • Rahmenbedingungen für den personellen Austausch zwischen Wirtschaft und  
836 Wissenschaft verbessern und faire Möglichkeiten zur Be- und Entfristung  
837 wissenschaftlicher Stellen schaffen
- 838 • gezielt internationale, zum Beispiel ausreisewillige US-amerikanische Forscherinnen  
839 und Forscher, oder solche exzellenten Bewerber, die bisher für Forschung und  
840 Studium in die USA eingereist wären, für Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen-  
841 Anhalt anwerben.

## 842 **Soziales**

### 843 **Jugendpolitik**

844 Damit Jugendliche ihre Fähigkeiten und Interessen entdecken und entwickeln können, sollen  
845 die Mittel der Kinder und Jugendhilfe des Landes entsprechend der Entwicklung des  
846 Verbraucherpreisindex erhöht werden. Die Jugendarbeit gewinnt so langfristige  
847 Planungssicherheit.

848 Gleichzeitig ist Jugendarbeit kein Selbstzweck. Deshalb ist unser Ansatz, dass Eigenanteile ein  
849 wichtiger Baustein für funktionierende Angebote weiter bestehen und ausgebaut werden.  
850 Dadurch wird sichergestellt, dass eine Nachfrage für die Angebote existiert und gleichzeitig  
851 gewährleistet, dass eine Teilnahme nicht am Geldbeutel scheitert.

852 Partizipation von jungen Menschen ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb wollen wir eine  
853 konkretere Ausformulierung der rechtlichen Grundlage, die die Beteiligung (beispielsweise  
854 durch Jugendparlamente oder -beiräte) regelt. Dabei werden wir aber den Kommunen die  
855 Freiheiten lassen, selbst zu entscheiden, welche Struktur dafür geeignet ist.

856 Darüber hinaus streben wir langfristig die Einführung eines Landesjugendparlamentes an,  
857 welches echte Mitbestimmung auch auf Landesebene sicherstellt. Junge Menschen sind  
858 unsere Zukunft, deshalb müssen ihre Belange wahrgenommen werden und in politische  
859 Entscheidungsprozesse einfließen.

## 860 **Senioren**

861 Unser Ziel ist die maximale Eigenverantwortung und Autonomie des Einzelnen in jedem  
862 Lebensalter. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, die gesellschaftliche  
863 Teilhabe ermöglichen, individuelle Lebensentwürfe respektieren und dort unterstützen, wo  
864 Hilfe gebraucht wird. Zugleich hat sich unser Verständnis vom Altern grundlegend gewandelt:  
865 Immer mehr Menschen bleiben bis ins höhere Lebensalter gesund, leistungsfähig und  
866 möchten sich länger aktiv in Beruf und Gesellschaft einbringen. Deshalb setzen wir uns für  
867 eine stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen ein, damit ältere Arbeitnehmer  
868 entsprechend ihren individuellen Wünschen und Fähigkeiten am Erwerbsleben teilhaben  
869 können. Starre Altersgrenzen, die den Wunsch nach weiterer Beschäftigung verhindern,  
870 wollen wir dort abbauen, wo sie nicht sachlich gerechtfertigt sind. Als Liberale begrüßen wir  
871 grundsätzlich den Vorstoß der „Aktivrente“, fordern jedoch im selben Atemzug die  
872 Gleichbehandlung Selbstständiger und Freiberufler, die bislang nicht vom steuerfreien  
873 Zuverdienst profitieren sollen.

874 Neben der Möglichkeit, länger aktiv zu bleiben, ist auch das soziale Miteinander ein  
875 entscheidender Faktor für Lebensqualität im Alter. Um sozialer Isolierung und mit ihr  
876 einhergehenden gesundheitlichen Nachteilen vorzubeugen, wollen wir Orte der Begegnung  
877 fördern, um zivilgesellschaftlichen Initiativen Raum zu geben, um zu wirken. Dazu gehören  
878 die Unterstützung und Vereinfachung von bereits etablierten Nachbarschaftshilfen (z.B. PiA  
879 e.V.) sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. In  
880 diesem Hinblick wollen wir auch die digitale Teilhabe stärker ins Auge fassen und  
881 Schulungsangebote stärken, die älteren Menschen den Umgang mit digitalen Ressourcen  
882 näher zu bringen. Zivilgesellschaftliche Initiativen in diesen Bereichen brauchen eine  
883 bürokratische Entlastung und – mehr als eine allgemeine Förderung – Räume in denen sie  
884 ihre Angebote durchführen können

885 Selbstbestimmung im Alter setzt zudem komfortable und barrierefreie Wohnbedingungen  
886 voraus. Deshalb wollen wir deren Schaffung erleichtern, sowohl im Neubau als auch im  
887 Bestand. Wir setzen uns diesbezüglich für eine umfassende Überprüfung der  
888 sozialversicherungs- und steuerrechtlichen und Rahmenbedingungen ein. Zugleich

889 unterstützen wir innovative Ansätze wie Ambient Assisted Living (AAL), die mithilfe  
890 alltagsnaher Technik – etwa über mobile Endgeräte – mehr Sicherheit und Komfort im  
891 eigenen zuhause ermöglichen. Barrierefreiheit muss jedoch auch als Standard im  
892 öffentlichen Raum gelten. Daher forcieren wir den Abbau baulicher Hindernisse. Inklusion  
893 muss bereits bei der Planung unserer Umwelt beginnen.

#### 894 **Arbeitsmarkt und Sozialsysteme**

895 Unsere Sozialsysteme stehen bereits jetzt vor massiven Finanzierungsproblemen und  
896 werden von großen Teilen der Bevölkerung als dysfunktional empfunden. Ursächlich hierfür  
897 sind neben Fehlanreizen auch eine zunehmende Leistungsausweitung aufgrund einer  
898 steigenden gesellschaftlichen Erwartungshaltung. Stattdessen sollten Sozialleistungen  
899 Menschen nicht dauerhaft versorgen, sondern nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“,  
900 befähigen, schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und das Leben  
901 selbstbestimmt zu führen. Für uns gilt: Leistung muss sich lohnen und Aufstieg durch eigene  
902 Kraft ermöglicht werden. Daher wollen wir das „Bürgergeld“ bzw. die „neue Grundsicherung“  
903 in seiner geplanten Form reformieren. Wer staatliche Hilfe in Anspruch nimmt, muss  
904 entsprechend auch seinen Mitwirkungspflichten nachkommen. Geschieht dies nicht, soll der  
905 zur Verfügung stehende Sanktionsspielraum konsequent ausgeschöpft werden, so muss z.B.  
906 die Ablehnung einer zumutbaren Arbeit eine Leistungskürzung nach sich ziehen. Zudem  
907 befürworten wir die Einführung gemeinnütziger Arbeitspflichten, welche als Brücke in den  
908 regulären Arbeitsmarkt dienen kann. Dafür werden wir ein Landesprogramm auflegen, um  
909 den Kommunen die Nutzung dieser Werkzeuge zu erleichtern.

#### 910 **Null Toleranz für Diskriminierung**

911 Wir zeigen null Toleranz gegen diejenigen, die Menschen wegen ihrer Herkunft, Religion,  
912 sexuellen Orientierung, ihres individuellen Lebensentwurfs oder geschlechtlichen Identität  
913 diskriminieren. Dies ist Grundsatz unserer Politik für benachteiligte Gruppen. Dazu wollen  
914 wir etwa in der Jugendarbeit und in der Schule der Diskriminierung entgegenwirken und mit  
915 Aufklärung für Akzeptanz werben. Das Land hat die Aufgabe, zu unterstützen und einen  
916 stabilen und handlungsfähigen Rechtsstaat aufzustellen, um Strafverfolgung zu  
917 gewährleisten.

#### 918 **Akzeptanz für Geschlechtsneutralität in Sachsen-Anhalt verbessern**

919 Das Urteil zur dritten Geschlechtsoption stellt uns vor die Aufgabe, im praktischen  
920 Verwaltungshandeln verschiedene Geschlechtsidentitäten zu berücksichtigen.  
921 Administrative Akte müssen vom Gedanken der Selbstbestimmung geprägt sein. Die freie  
922 Entfaltung der Persönlichkeit darf nicht von verschiedenen externen Gutachtern abhängig  
923 sein.

924 Wir machen uns dafür stark, dass die Angabe des Geschlechts nur dort in der Verwaltung  
925 erfasst wird, wo dies unbedingt nötig ist. Darüber hinaus treten wir dafür ein, keine  
926 Gendersprache in der Behördenkommunikation vorzuschreiben.

### 927 **Leben mit Handicap in Selbstbestimmung**

928 Die FDP Sachsen-Anhalt fordert für die Eingliederungshilfe des Landes

- 929 • die Umsetzung der Vorhaben des Landesaktionsplans,
- 930 • die Erbringung von personenzentrierten Angeboten für Menschen mit Handicap
- 931 • die Förderung des Budgets für Arbeit,
- 932 • die Förderung von Zuverdienstprojekten und
- 933 • die Förderung der anderen Leistungsanbieter.

934 Wir setzen uns für eine bessere Anerkennung von Abschlüssen ein und stärken inklusive  
935 Werkstätten. Menschen mit Behinderungen müssen die Chance erhalten, ihre Talente auf  
936 dem Arbeitsmarkt einzubringen.

937 Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist die bisher größte Gesetzesreform des Neunten Buches  
938 Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen seit dessen  
939 Entstehung im Jahr 2001. Mit ihm soll die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung  
940 durch mehr Selbstbestimmung und mehr Teilhabe verbessert werden. Das BTHG wurde im  
941 Dezember 2016 verkündet und tritt bis zum 1. Januar 2023 sukzessive in Kraft.

942 Wir wollen diese Rahmenbedingungen nutzen, um mehr Selbstbestimmung und Inklusion zu  
943 ermöglichen. Wir stehen dafür, dass Menschen mit Behinderung ohne Bevormundung ihr  
944 Leben gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen  
945 Lebensbereichen erhalten. Ein Baustein dafür ist der stärkere Fokus auf eine Inklusion in den  
946 Arbeitsmarkt. Dafür wollen wir für die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen  
947 stärkere Anreize schaffen, dies intensiver zu verfolgen. Ebenfalls muss das Land selbst als  
948 Vorbild voran gehen und das Budget für Arbeit stärker nutzen und Informationen für die  
949 Privatwirtschaft bereitstellen.

950 Der neu verhandelte Landesrahmenvertrag muss in der praktischen Umsetzung nun zeigen,  
951 ob er erreicht, was die Regierung sich verspricht. Wir werden die Entwicklungen weiter eng  
952 begleiten und, wenn notwendig, Nachverhandlungen forcieren. Eine stärkere  
953 Personenzentrierung und Selbstbestimmung müssen immer das Ziel einer inklusiven  
954 Behindertenpolitik sein.

955 Wir setzen uns für eine bessere Anerkennung von Abschlüssen ein und stärken inklusive  
956 Werkstätten. Menschen mit Behinderungen müssen die Chance erhalten, ihre Talente auf  
957 dem Arbeitsmarkt einzubringen

## 958 **Gleichstellung & Frauenpolitik**

959 Chancengerechtigkeit bedeutet im Sinne eines liberalen Ansatzes, dass jeder Mensch  
960 unabhängig etwa seines Geschlechts oder seiner Herkunft durch Engagement das erreichen  
961 kann, was er oder sie möchte. Deshalb verfolgen wir eine Gleichstellungspolitik, die Chancen  
962 eröffnet und nicht falsche Gleichmacherei betreibt.

963 Das bisherige Frauenfördergesetz entwickeln wir zu einem zeitgemäßen  
964 Gleichstellungsgesetz weiter. Wir rücken das Individuum und die persönlichen Fähigkeiten in  
965 den Mittelpunkt. Starre Geschlechterquoten lehnen wir ab, da sie dem Ziel der  
966 Chancengerechtigkeit widersprechen.

967 Weiterhin sind Frauen häufiger Opfer häuslicher Gewalt. Deshalb wurden in der vergangenen  
968 Legislatur bereits unterschiedliche Verbesserungen für die Hilfestrukturen beschlossen –  
969 beispielsweise die Einführung von Hauswirtschafterinnen in Frauenhäusern oder die  
970 Unterstützung an Investitionen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und sowohl die  
971 Frauenhäuser weiter stärken sowie die Ursachen für häusliche Gewalt bekämpfen.  
972 Beispielsweise sehen wir die Abschaffung der Eigenanteile für die Übernachtung in  
973 Frauenhäusern als einen geeigneten Weg.

974 Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland noch immer öffentlich stigmatisiert und  
975 rechtlich kompliziert geregelt. Diese Situation erschwert Betroffenen den Zugang zu  
976 medizinischer Versorgung und führt zu zusätzlicher Unsicherheit in einer ohnehin sensiblen  
977 Lebensphase. Wir fordern daher in Sachsen-Anhalt die verbindliche Aufnahme von  
978 Schwangerschaftsabbrüchen als festen Bestandteil in das Medizinstudium sowie in die  
979 fachärztliche Ausbildung, insbesondere in der Gynäkologie. Eine fundierte und praxisnahe  
980 Ausbildung ist notwendig, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung  
981 sicherzustellen. Zudem braucht es eine deutlich verbesserte Angebotslage sowie gut  
982 erreichbare, ausreichend ausgestattete Beratungsstellen. Der Zugang zu wohnortnaher,  
983 professioneller und ergebnisoffener Beratung und medizinischer Versorgung muss für alle  
984 Betroffenen gewährleistet sein.

## 985 **Medien**

### 986 **Freie Medien, starke Vielfalt, fairer Wettbewerb**

987 Meinungsfreiheit braucht Meinungsvielfalt. Meinungsvielfalt braucht starke private und  
988 öffentlich-rechtliche Angebote – und Rahmenbedingungen, die Innovation ermöglichen,  
989 statt sie zu regulieren. Sachsen-Anhalt setzt auf eine vielfältige Medienlandschaft und faire  
990 Wettbewerbschancen auch im digitalen Raum, einschließlich Auffindbarkeit auf Plattformen  
991 und Geräten.

992 **Rundfunkbeitrag: Stabilität statt Automatismen**

993 Wir werden einen Reformprozess für den ÖRR anstoßen mit dem Ziel, verbindliche  
994 Rahmenbedingungen für Senderanzahl, Gehaltsstruktur der Führungskräfte und Ausstattung  
995 zu schaffen mit dem Ziel, die Akzeptanz des ÖRR bei den Menschen zu sichern und dessen  
996 Kosten nicht weiter steigen zu lassen. Auch der durch die Länder bestellte Programmauftrag  
997 muss hierfür reduziert werden.

998 Akzeptanz entsteht durch Qualität, Wirtschaftlichkeit und Maßhalten bei Kosten. Wir lehnen  
999 automatische Indexmodelle ab. Das heißt, wir wollen nicht, dass die Gebühr automatisch an  
1000 die Inflation oder die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung angepasst wird, ohne dass für  
1001 jede Erhöhung ein neuer Staatsvertrag der Bundesländer nötig ist. Wir setzen uns dafür ein,  
1002 für Unternehmen den Rundfunkbeitrag zu streichen. Arbeitnehmer zahlen die Gebühr  
1003 praktisch doppelt, da sie sie zu Hause auch bezahlen. Eine weitere Erhöhung des  
1004 Rundfunkbeitrags lehnen wir ab.

1005 **Kultur**

1006 **Kultur ist Identität – und Standortfaktor**

1007 Kultur prägt unser Land. Sie stiftet Identität, schafft Begegnung und ist zugleich ein  
1008 bedeutender wirtschaftlicher Faktor – von der Kreativwirtschaft bis zur Veranstaltungs-  
1009 branche. Wir wollen kulturelle Vielfalt ermöglichen, ohne sie in Bürokratie zu ersticken, und  
1010 privates Engagement stärker als Chance begreifen. Sachsen-Anhalt besitzt ein einzigartiges  
1011 kulturelles Erbe und ein lebendiges zeitgenössisches Kulturleben. Kaum ein anderes  
1012 Bundesland vereint so viele UNESCO-Welterbestätten – von Quedlinburg über das Bauhaus  
1013 in Dessau bis zum Wörlitzer Gartenreich und dem Naumburger Dom. Hinzu kommen eine  
1014 vielfältige Museums- und Theaterlandschaft, eine starke Musik- und Festivalstruktur sowie  
1015 eine wachsende Filmszene mit Kinos, Festivals und Sachsen-Anhalt als bedeutendem  
1016 Drehstandort.

1017 Kultur ist mehr als ein Angebot – sie ist Grundlage unseres gesellschaftlichen  
1018 Zusammenlebens. Wo Menschen leben, entsteht Kultur: in Opernhäusern und Museen  
1019 ebenso wie in Bibliotheken, der freien Szene oder der Subkultur. Sie bildet die Vielfalt unserer  
1020 Gesellschaft ab. Aufgabe der Kulturpolitik ist es, die Freiheit der Kunst zu sichern, gute  
1021 Rahmenbedingungen zu schaffen und Teilhabe für alle zu ermöglichen.

1022 Gerade in Zeiten großer Veränderungen brauchen wir Kultur als Ort der Orientierung, der  
1023 Kreativität und der Innovation. Sie eröffnet neue Perspektiven, bringt Menschen zusammen  
1024 und hilft, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen aktiv zu gestalten. Für uns gilt  
1025 ein klares Prinzip: die Freiheit der Kunst. Eine demokratische, liberale Gesellschaft lebt von  
1026 einem offenen Kunstbegriff. Gleichzeitig verbindet Kultur unser historisches Erbe mit der  
1027 Gegenwart. Deshalb wollen wir die Vermittlungsarbeit in kulturellen Einrichtungen stärken,

1028 damit alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Bildung, Alter oder Geschlecht – Zugang zu  
1029 Kultur haben und sich selbst einbringen können.

1030 Gute Kulturpolitik beginnt in der Bildung. Wir wollen Kulturpolitik wieder gemeinsam mit der  
1031 Bildungspolitik in einem Ministerium bündeln. So stärken wir ihre Bedeutung und schaffen  
1032 bessere Voraussetzungen, kulturelle Bildung von Anfang an mitzudenken. Musik, Kunst und  
1033 Gestalten gehören selbstverständlich in jeden Stundenplan – ebenso wie Lesen, Theater-AGs  
1034 und kreative Projekte. Denn kulturelle Neugier entsteht früh. Wer offen und kreativ denkt,  
1035 gestaltet auch die Zukunft unseres Landes. Auch an Hochschulen und in den Medien muss  
1036 Kultur wieder sichtbarer werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk trägt Verantwortung,  
1037 kulturelle Themen stärker ins Zentrum zu rücken und nicht an den Rand der Sendezeiten zu  
1038 verschieben.

1039 Kultur ist zugleich ein starker Wirtschaftsfaktor. Sie bildet eine zentrale Grundlage für  
1040 Tourismus, Stadtentwicklung und Lebensqualität. Großereignisse und Jubiläen – etwa rund  
1041 um Martin Luther oder das Bauhaus – zeigen, welche Strahlkraft Kultur entfalten kann.  
1042 Festivals wie das Sputnik Spring Break auf der Halbinsel Pouch, oder die Festivals Full Force  
1043 und SPLASH! auf Ferropolis sind Kultur sowie Wirtschafts- und Imagefaktor zusammen. Sie  
1044 machen Sachsen-Anhalt attraktiv für Gäste, Unternehmen und Fachkräfte. Deshalb setzen  
1045 wir auf eine stärkere Vernetzung von Kultur, Kreativwirtschaft sowie Veranstaltungs- und  
1046 Eventbranche. Kultur schafft Arbeitsplätze, stärkt Regionen und belebt Städte ebenso wie  
1047 den ländlichen Raum.

1048 Gleichzeitig erwarten wir von kulturellen Einrichtungen ein verantwortungsvolles und  
1049 wirtschaftliches Handeln. Öffentliche Förderung ist die Grundlage freier kultureller Arbeit –  
1050 sie schließt jedoch Eigeninitiative, Eigeneinnahmen und effiziente Strukturen nicht aus.  
1051 Transparente Evaluationsinstrumente können helfen, Wirkung und Entwicklung besser  
1052 sichtbar zu machen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die kulturelle Vielfalt Sachsen-Anhalts  
1053 bewahren und zugleich Raum für Neues schaffen. Neben starken Institutionen brauchen wir  
1054 mutige Projekte, kreative Experimente und Orte, an denen junge Menschen erleben: Dieses  
1055 Land gehört auch ihnen – und sie können es mitgestalten.

## 1056 **KAPITEL 3: EIN MODERNER STAAT**

### 1057 **WIE ES IST**

1058 Nur mit einer starken Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kann unser Land ein Zuhause für  
1059 alle Bürgerinnen und Bürger sein. Wenn wir uns umblicken, ist uns sehr bewusst, dass eine  
1060 starke Demokratie kein Selbstläufer ist. Unsere Gesellschaft steht unter Druck. Von außen  
1061 etwa durch autokratische Regime, die Cyberangriffe und Desinformation nutzen, um unserer  
1062 offenen Gesellschaft zu schaden. Und von innen, etwa durch populistische Politiker, die  
1063 Zwietracht säen und das Vertrauen in Institutionen untergraben. Leider tragen auch unsere  
1064 öffentlichen Einrichtungen immer wieder dazu bei, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und  
1065 Bürger schwindet. Wer lange auf einen Termin oder die Bearbeitung eines Vorganges warten  
1066 muss, wessen Klage lange vor Gericht anhängt, zweifelt an seinem Staat. Demokratie kann  
1067 zerbrechen. Das ist eine Lektion, die uns zum Handeln antreibt. Für die FDP Sachsen-Anhalt  
1068 ist die Stärkung unserer liberalen Rechtsstaatlichkeit der wichtigste Schritt.

1069 Zugleich hat der Versuch, unseren Staat so gerecht wie möglich und unsere Leben so  
1070 abgesichert wie möglich zu gestalten, zu immer mehr Unfreiheit geführt. Der Staat aber auch  
1071 Selbstverwaltungsorganisationen, Kassen, Verbände und Vereinen greifen mit Vorgaben  
1072 aber auch mit zahlreichen, wohl gut gemeinten Ratschlägen in das Leben der Menschen ein.  
1073 Dabei verausgaben sich öffentliche Stellen häufig so, dass die Kernaufgaben nicht mehr  
1074 angemessen erledigt werden. Staatliche Prozesse dauern zu lange, sind zu kompliziert und  
1075 lähmen Unternehmen wie Bürgern.

### 1076 **WAS WIR WOLLEN**

1077 Wir wollen einen modernen Rechtsstaat und eine starke Demokratie mit einer freien und  
1078 widerstandsfähigen Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der sich die Menschen sicher fühlen –  
1079 draußen, zu Hause und online. Ein moderner Staat konzentriert sich auf seinen  
1080 Kernaufgaben. Er sorgt dafür, dass seine Bürgerinnen und Bürger wissen, dass er funktioniert.  
1081 Eltern sind sicher, dass ihre Kinder sicher sind. Frauen wissen, dass sie sich jederzeit überall  
1082 frei bewegen können, ohne sich Sorgen machen zu müssen. Wer gegen Gesetze verstößt,  
1083 weiß, dass dies staatlich geahndet wird. Aus dem Leben der Bürgerinnen und Bürger aber  
1084 hält sich der Staat weitestgehend raus.

1085 Auch damit das gelingt, muss sich der Staat auf das Wesentliche konzentrieren. Reduzieren  
1086 wir überbordende Bürokratie und konzentrieren wir staatliche Finanzen auf das, was sein  
1087 muss. Wir sind überzeugt: Es geht doch, auch wenn staatliche Vorschriften in der  
1088 Vergangenheit oft ein üppiges Wachstum hatten. Wir sind überzeugt: wenn Verwaltung gut  
1089 arbeitet, merkt man sie kaum: Der Antrag ist schnell gestellt, der Bescheid kommt  
1090 nachvollziehbar, und wer investiert oder ein Unternehmen führt, verbringt seine Zeit nicht  
1091 mit Formularen, sondern mit Kunden, Ideen, Produktion und Beschäftigten.

1092 Wenden sich Bürger mit Fragen an unsere Behörden, dürfen Sie nicht wegen  
1093 Zuständigkeitspingpongs entnervt aufgeben. Ziel muss eine echte Hilfe sein. Machen wir uns  
1094 allen wieder klar, dass Behörden von Steuergeld bezahlt werden und unser aller Leben  
1095 einfacher und fairer machen sollen. Das gilt für alle Bereiche staatlichen Handelns, vor allem  
1096 aber für die Kernbereich hoheitlicher Tätigkeiten, für Polizei, Justiz und Finanzverwaltung.

## 1097 **WAS WIR TUN**

### 1098 **Verwaltung & Digitalisierung**

#### 1099 **Einmal angeben, überall nutzen: Daten nicht doppelt abfragen**

1100 Der Staat fragt Daten nicht mehrfach ab. Was bei Finanzämtern oder in anderen Registern  
1101 bereits vorhanden ist, wird nicht noch einmal erhoben, es sei denn, der nochmaligen  
1102 Datenverwendung wird widersprochen. Dafür braucht es eine zügige Umsetzung des  
1103 Registermodernisierungsgesetzes des Bundes. Das spart Kosten, verhindert Fehler und  
1104 beschleunigt Verfahren spürbar.

#### 1105 **Regeln mit Ablaufdatum: Bürokratie muss sich rechtfertigen**

1106 Vorschriften dürfen nicht ewig weiterlaufen, nur weil sie einmal eingeführt wurden. Neue  
1107 Regelungen, die in unternehmerische oder gesellschaftliche Freiheiten eingreifen, werden  
1108 befristet und müssen ihre Wirksamkeit beweisen – sonst entfallen sie zum festgelegten  
1109 Stichtag. Alle untergesetzlichen Regelungen, die älter als 10 Jahre sind, treten Ende 2027  
1110 außer Kraft. Sollen sie darüber hinaus gelten, sind ihre Bürokratielasten für Unternehmen  
1111 und Bürgerinnen und Bürger zu bestimmen.

#### 1112 **Planbare Genehmigungen: Tempo statt Aktenwanderung**

1113 Bürokratieabbau zeigt sich daran, dass Genehmigungen wieder planbar werden. Wer  
1114 investiert, braucht Fristen, Verlässlichkeit und digitale Nachvollziehbarkeit. Für zentrale  
1115 Genehmigungen gelten verbindliche Entscheidungsfristen; Verfahren müssen online  
1116 verfolgbar sein, damit jederzeit klar ist, wo ein Antrag steht und was noch fehlt. Wo die  
1117 Verwaltung Fristen ohne rechtfertigenden Grund überschreitet, darf daraus kein  
1118 Investitionsstopp entstehen.

#### 1119 **Kontrolle ohne Generalverdacht: weniger Papier, mehr Wirkung**

1120 Entbürokratisierung bedeutet Kontrolle dort, wo sie wirkt – nicht als Dauerverdacht. Statt  
1121 massenhafter Berichtspflichten, die gerade den Mittelstand überfordern, werden Melde-  
1122 und Nachweispflichten drastisch vereinfacht oder gestrichen, wo sie keinen Sicherheits- oder  
1123 Verbraucherschutzgewinn bringen. Gerade im Bereich der Förderung, vor allem von  
1124 Kommunen, sollen die Prüfungen der Verwendungsnachweise nur noch durch  
1125 Stichprobenkontrollen abgesichert werden – verbunden mit klaren Sanktionen bei echten  
1126 Verstößen. So bleibt der Rechtsstaat stark, ohne dass er alle unter Generalverdacht stellt.

1127 **Fortschritt messbar machen: Entlastung darf kein Gefühl bleiben**

1128 Bürokratielasten müssen transparent und überprüfbar sinken. Der Abbau wird deshalb über  
1129 eine App sichtbar gemacht, in dem die wichtigsten Bürokratielasten dokumentiert und ihre  
1130 Entwicklung über die Zeit aufgezeigt werden. So wird Entbürokratisierung zum politischen  
1131 Gradmesser: Jede Regierung muss daran erkennbar liefern.

1132 **Digitale Verwaltung ohne Umwege**

1133 Digitalisierung ist dann gut, wenn sie Freiheit schafft: bessere Services, weniger Wege,  
1134 weniger Papier, schnellere Entscheidungen. Dafür brauchen wir robuste Netze, digitale  
1135 Kompetenzen und einen Staat, der technische Innovationen selbstverständlich nutzt.

1136 Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollen Verwaltungsleistungen durchgängig digital  
1137 nutzen können – vom Antrag bis zum Bescheid, ohne Medienbrüche und ohne Papier. Aktuell  
1138 können in unserem Land über 400 Verwaltungsleistungen digital „aus dem Wohnzimmer“  
1139 beantragt werden, in Zukunft sollen es alle sein. Wo digitale Verfahren etabliert sind, können  
1140 Prozesse automatisiert werden, damit knappe Personalressourcen dort wirken, wo  
1141 Menschen gebraucht werden: bei Beratung, Kontrolle in echten Risikofällen und bei der  
1142 Durchsetzung des Rechts.

1143 **Digital only**

1144 In Zukunft soll die Verwaltung, die eine Leistung digital verfügbar macht, diese ausschließlich  
1145 digital anbieten können. D.h. der Postweg oder die Mail entfällt. Daten werden ausschließlich  
1146 in das vorgesehene Tool eingegeben. Damit kann die Verwaltung deutlich effizienter und mit  
1147 geringerem Personaleinsatz arbeiten. Für Menschen, die über keinen Zugang zum Internet  
1148 verfügen, bleibt aber die Möglichkeit erhalten, ihren Antrag vor Ort in der Verwaltung  
1149 erfassen zu lassen.

1150 **Wissen wo der Antrag ist**

1151 Wir nutzen digitale Anwendungen, um für Bürgerinnen und Bürger eine möglichst große  
1152 Transparenz der Verwaltungsprozesse zu schaffen, indem wir dafür sorgen, dass der  
1153 Bearbeitungsstand des eigenen Antrages verfolgt werden kann. Und wir setzen sie ein, um  
1154 Beteiligungen etwa bei öffentlichen Anhörungen einfach zu ermöglichen. Dabei wollen wir  
1155 den erfolgreichen Weg der letzten Jahre weitergehen und landesweit die 20 Top-  
1156 Behördengänge bis 2027 durch einfache digitale Prozesse ablösen inklusive eID und  
1157 Zahlfunktion.

1158 **Wenn möglich automatisiert.**

1159 Es gibt zahlreiche Verwaltungsprozesse, die ganz oder teilweise automatisiert erfolgen  
1160 können. Dies gilt etwa für die Vollständigkeitsprüfung von Antragsunterlagen, die nur  
1161 abgesendet werden können, wenn sie vollständig sind oder für Anträge, bei denen wenig  
1162 Ermessen ausgeübt wird. Mit der Einmalzahlung der Energiepauschale für Studierende oder

1163 dem RPA für die Auszahlung der Vorgriffstunde haben wir bereits gezeigt, welche  
1164 Personaleinsparungen und welchen Tempogewinn die Automatisierung und die KI bringen.  
1165 Wir werden die Automatisierung dieser Vorgänge gemeinsam mit den Kommunen aber auch  
1166 in der Landesverwaltung konsequent weiter vorantreiben. Denn wir sind überzeugt, dass so  
1167 auch kleine Orte zukunftsfähig werden.

## 1168 **Justiz**

1169 Die landesweite Einführung der elektronischen Akte in allen Bereichen der Justiz muss bis  
1170 spätestens 2030 abgeschlossen sein. Einer nochmaligen Verlängerung der Frist erteilen wir  
1171 eine Absage. Dabei ist uns wichtig, dass nicht nur die herkömmliche Papierakte digital  
1172 abgebildet wird, sondern die Abläufe insgesamt so digitalisiert werden, dass vom  
1173 verfahrenseinleitenden Antrag bis zur abschließenden Entscheidung kein Medienbruch mehr  
1174 erfolgen muss.

1175 Die bauliche und technische Infrastruktur der Gerichte und Staatsanwaltschaften muss ein  
1176 modernes und digitales Arbeiten ermöglichen - sowohl für die Mitarbeiterinnen und  
1177 Mitarbeiter als auch für externe Verfahrensbeteiligte während der Termine. Dafür sind  
1178 modernste Rechentechnik sowie schnelle und BSI-konforme Drahtlosnetzwerke mit  
1179 Zugangsmöglichkeiten für alle Verfahrensbeteiligten eine unerlässliche Voraussetzung.

1180 Das Angebot der Nutzung von Videokonferenztechnik für Gerichtsverhandlungen muss von  
1181 der Ausnahme zur Regel werden. Nur für solche Termine, bei denen das für die  
1182 Entscheidungsfindung erforderlich ist (z. B. Hauptverhandlungen in Strafsachen oder  
1183 Zeugenvernehmungen) soll das persönliche Erscheinen zwingend angeordnet werden. Bei  
1184 allen anderen Verhandlungen soll es den Beteiligten freigestellt werden, ob sie im Saal oder  
1185 online anwesend sein wollen.

1186 Die Justiz muss in allen Bereichen ein attraktiver Arbeitgeber werden. Hierfür wollen wir -  
1187 unter Berücksichtigung der hoheitlichen Aufgabenerfüllung - flächendeckend flexible  
1188 Arbeitszeiten und mobiles Arbeiten ermöglichen und ein Personalentwicklungskonzept  
1189 einführen, das leistungsgerechte Beförderungsmöglichkeiten eröffnet.

1190 Kernaufgabe der Justiz ist die hoheitliche Durchsetzung des geltenden Rechts. Das schließt  
1191 aber nicht aus, dass eine moderne Justiz sich auch als Dienstleister für die Bürgerinnen und  
1192 Bürger versteht, wo dies sinnvoll und möglich ist. Deshalb wollen wir Angebote einer  
1193 gerichtsnahen Mediation in zivil- und verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten ausweiten.

1194 Meinungsfreiheit ist Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie. Ihr Schutz ist  
1195 in einem demokratischen Rechtsstaat Kernaufgabe der Recht sprechenden Gewalt. Wir sind  
1196 der Meinung, dass das geltende Strafrecht ausgewogene Entscheidungen zwischen dem  
1197 Recht, Meinungen frei äußern zu können und dem Recht, die Persönlichkeit und Ehre anderer

1198 zu schützen, ermöglicht. Forderungen nach einem besonderen Ehrschutz für bestimmte  
1199 Personengruppen lehnen wir deshalb ab.

1200 Zum Schutz der Opfer von Straftaten gehört es, deren persönliche Daten besonders zu  
1201 schützen. Ein unerwünschter Kontakt mit Tätern kann traumatisieren. Deshalb wollen wir  
1202 dafür sorgen, dass Anschriften und ähnlich wichtige Daten von Opfern und anderen Zeugen  
1203 regelmäßig getrennt von der eigentlichen Verfahrensakte gespeichert werden. Sie dürfen nur  
1204 mit Einverständnis der betroffenen Person oder bei Darlegung eines besonderen rechtlichen  
1205 Interesses übermittelt werden.

1206 Um schwere materielle und immaterielle Folgen von Straftaten zumindest teilweise zu  
1207 lindern, wenn ein Schadensausgleich vom Täter nicht zu erlangen ist, wollen wir den  
1208 Opferhilfefonds des Landes aufstocken und verstetigen.

### 1209 **Justizvollzug**

1210 Zur nachhaltigen Sicherung der Personalstärke und Leistungsfähigkeit des Justizvollzugs ist  
1211 ein verbindliches, landesweit einheitliches Personalentwicklungs- und Aufstiegskonzept  
1212 einzuführen. Dieses hat sämtliche Beförderungs-, Verwendungs- und Aufstiegsmöglichkeiten  
1213 transparent, planbar und ausschließlich nach objektiven Kriterien der Eignung, Befähigung  
1214 und fachlichen Leistung auszugestalten.

1215 Ziel ist es, bereits bei der Nachwuchsgewinnung klare, realistische und nachvollziehbare  
1216 Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen und jedem während seiner gesamten Laufbahn  
1217 verlässliche Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen. Der Grundsatz der Bestenauslese ist  
1218 konsequent und überprüfbar umzusetzen; informelle, intransparente oder  
1219 haushaltsgetriebene Karrierehemmnisse sind zu beseitigen.

1220 Ein solches System stärkt Motivation, Bindung und Leistungsbereitschaft, erhöht die  
1221 Attraktivität und trägt dauerhaft zur Qualität staatlichen Handelns bei.

### 1222 **Sicherheit**

#### 1223 **Polizei**

1224 Wir sorgen für sichtbar mehr Polizei in Stadt und Land durch eine klare Aufgabentrennung  
1225 nach Qualifikation. Der auf Initiative der FDP in der aktuellen Legislatur begonnene  
1226 Stellenaufwuchs auf 7.000 Stellen im Polizeivollzugsdienst konnte fast erreicht werden. Wir  
1227 halten an der Zielzahl fest, damit hochqualifizierte Beamtinnen und Beamte ihre  
1228 Kernaufgaben wahrnehmen: Schutz, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Daneben bauen  
1229 wir den Einsatz von Verwaltungsmitarbeitern im Polizeidienst, die Verwaltungs- und  
1230 Organisationsaufgaben wahrnehmen, auf 1.200 Stellen aus und setzen uns für die Schaffung  
1231 einer Laufbahn als Polizeiverwaltungsassistenten ein. So wird der Vollzugsdienst konsequent  
1232 entlastet, Ressourcen werden effizient eingesetzt – und mehr Polizei kommt zu ihren  
1233 Kernaufgaben: Schutz von Sicherheit und Ordnung.

1234 Wir bauen Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsämtern  
1235 flächendeckend aus und machen gemeinsame Einsätze zum Regelfall. Klare Zuständigkeiten,  
1236 feste Absprachen und abgestimmtes Handeln verhindern Kompetenzgerangel, erhöhen die  
1237 Präsenz im öffentlichen Raum und sorgen dafür, dass staatliche Autorität geschlossen,  
1238 effizient und für die Bürger sichtbar wahrgenommen wird.

1239 Es ist ein verbindliches, landesweit einheitliches Personalentwicklungskonzept für den  
1240 Polizeivollzugsdienst einzuführen, das Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten  
1241 transparent, planbar und strikt nach objektiven Kriterien (Eignung, Leistung, Befähigung)  
1242 regelt. Ziel ist es, jedem Polizeivollzugsbeamten realistische und nachvollziehbare  
1243 Entwicklungsperspektiven zu eröffnen, den Grundsatz der Bestenauslese konsequent  
1244 umzusetzen und die Attraktivität des Polizeivollzugsdienstes nachhaltig zu steigern. Kurz  
1245 gesagt: Leistung muss sich wieder lohnen – sichtbar, gerecht und verlässlich.

#### 1246 **Rasseliste abschaffen**

1247 Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, die im Gesetz zur Vorsorge gegen die von  
1248 Hunden ausgehenden Gefahren (HundeG) aufgeführte sogenannte Rasseliste abzuschaffen.

#### 1249 **Brand und Katastrophenschutz**

1250 Menschen müssen sicher sein, dass sie im Brandfall schnell Hilfe bekommen. Dafür müssen  
1251 wir die Handlungsfähigkeit vor Ort stärken. Wir wollen, dass die Kommunen mehr als bisher  
1252 an den steigenden Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer beteiligt werden. Ihr Anteil an den  
1253 Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer ist gesetzlich auf mindestens ein Drittel der jährlichen  
1254 Einnahmen festzuschreiben und als dynamischer Posten auszugestalten, der automatisch mit  
1255 dem Steueraufkommen wächst.

1256 Wir fordern zusätzlich die Einrichtung eines rechtlich selbstständigen Landesfonds für  
1257 Katastrophenschutz, der bei Großschadenslagen (z. B. Großbränden, Hochwasser) zum  
1258 Einsatz kommt. Aus diesem Fonds soll außerhalb des regulären Haushalts eine schnelle und  
1259 unbürokratische Mittelbereitstellung ermöglicht werden. Der Fonds ist dauerhaft aus einem  
1260 festen Anteil der Feuerschutzsteuer zu speisen; zusätzlich sind freiwillige  
1261 Beteiligungsmodelle für Kommunen sowie private Dritte (z. B. Unternehmen, Versicherer)  
1262 gesetzlich zu ermöglichen.

1263 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass mehr Gebäude gegen Elementarschäden versichert  
1264 werden. Eine Pflichtversicherung halten wir aber nicht für das richtige Modell. Wir wollen,  
1265 dass allen Gebäudeeigentümern eine Versicherung angeboten wird. Wer nicht versichert ist,  
1266 darf im Schadensfall nicht auf Hilfe von „Vater Staat“ warten.

1267 Das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge ist als zentrales  
1268 Landeskompetenzzentrum dauerhaft zu sichern und mit verbindlichen Aufgaben in

1269 Ausbildung, Forschung und Einsatznachbereitung - insbesondere für die Freiwilligen  
1270 Feuerwehren - zu betrauen.

1271 Das Land hat ein einheitliches, ressortübergreifendes Bevölkerungsschutzkonzept zu  
1272 erarbeiten und regelmäßig fortzuschreiben, einschließlich klarer Zuständigkeiten,  
1273 Kommunikationsstrukturen und Vorsorgemaßnahmen für die Bevölkerung. Sachsen-Anhalt  
1274 muss ein verbindliches Schutzkonzept für Kritische Infrastrukturen (Energie, Wasser,  
1275 Gesundheit, IT, Verkehr) vorlegen, das Risikoanalysen, Mindeststandards und  
1276 Kooperationspflichten mit privaten Betreibern festschreibt.

## 1277 **Kommunales**

### 1278 **Kommunen**

1279 Eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung setzt eine dauerhaft auskömmliche  
1280 Finanzausstattung voraus. Kommunen müssen die Chance haben, ihre Pflichtaufgaben ohne  
1281 strukturelle Defizite zu erfüllen und darüber hinaus eigene politische Schwerpunkte zu  
1282 setzen. Eine Politik der Aufgabenübertragung mit vollständiger Gegenfinanzierung ist für uns  
1283 selbstverständlich. Der finanzielle Spielraum nach Erfüllung aller Pflichtaufgaben ist kein  
1284 Luxus, sondern Kernbestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Ohne sie verkommt  
1285 kommunale Politik zur reinen Verwaltungsroutine. Wer Kommunen jede Luft zum Atmen  
1286 nimmt, hebt demokratische Verantwortung vor Ort aus. Ziel ist es, dass Kommunen wieder  
1287 eigenverantwortlich über freiwillige Aufgaben entscheiden können – etwa in den Bereichen  
1288 Kultur, Sport, Ehrenamt, soziale Infrastruktur und Stadtentwicklung.

### 1289 **Freiwillige Aufgaben sind das, was eine Kommune lebenswert macht.**

1290 Kommunen brauchen weniger Detailsteuerung, weniger Zweckzuweisungen und mehr  
1291 pauschale Mittel, über die sie selbst entscheiden können. Förderprogramme mit kleinteiligen  
1292 Vorgaben binden Personal, erzeugen Bürokratie und helfen am Ende oft nur auf dem Papier.

1293 Wir fordern mehr pauschale Zuweisungen, weniger projektbezogene Gängelung. Vertrauen  
1294 in kommunale Entscheidungskompetenz statt Misstrauen.

1295 Eine dauerhaft unterfinanzierte Kommune ist nicht handlungsfähig, sondern nur noch  
1296 Verwalterin ihrer eigenen Knappheit. Das ist weder liberal noch generationengerecht.

1297 Wir fordern eine strukturelle Reform der kommunalen Finanzausstattung, die Kommunen  
1298 aus der Abhängigkeit von Kassenkrediten führt und Investitionsfähigkeit zurückgibt.

### 1299 **Interkommunal**

1300 Die Kommunen arbeiten interkommunal zusammen und teilen sich etwa Rechenzentren  
1301 oder arbeiten nach dem einer-für-alle-Prinzip. Die Digitalisierung schafft bei einer zentralen  
1302 Aufgabenerledigung den größten Vorteil. Wir bieten den Kommunen deshalb an, gemeinsam  
1303 mit dem Land kommunale Dienstleistungen zu realisieren. Dafür soll eine gemeinsame

1304 Einrichtung geschaffen werden, in der diese Arbeiten zentral für alle Kommunen, die dies  
1305 wollen geleistet werden. Ansprechpartner und Absender der entsprechenden  
1306 Verwaltungsleistungen für den Bürger bleiben die Kommunen. So erhalten wir ihre  
1307 Arbeitsfähigkeit auch im demografischen Wandel und gewährleisten zugleich, dass  
1308 Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihren Ansprechpartner behalten.

### 1309 **Bürgerschaftliches Engagement gezielt auf den demographischen Wandel ausrichten**

1310 Unser Land befindet sich in einem tiefgreifenden Prozess der Transformation, der wesentlich  
1311 durch den demographischen Wandel geprägt ist. Darauf muss der Staat reagieren. Wir  
1312 werden unsere Ziele aber nicht erreichen, wenn wir das unglaubliche Engagement unserer  
1313 Bürgerinnen und Bürger nicht stärker nutzen. Wir streben daher mit den Menschen, die  
1314 bürgerliches Engagement in ihrem Nahbereich zeigen eine Partnerschaft auf Augenhöhe an.  
1315 Wir wollen die Anerkennung und den Respekt vor ehrenamtlichem Engagement in unserem  
1316 Land erhöhen. Dazu wollen wir die Engagementstrategie des Landes neu ausrichten und  
1317 gezielt auf den demographischen Wandel lenken. Der Zugang zu Engagement, die  
1318 Anerkennungskultur und öffentliche Wahrnehmung von Freiwilligenarbeit sollen in einer  
1319 solchen Strategie genauso Beachtung finden wie auch die digitale Transformation im Bereich  
1320 der Freiwilligenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements. Förderungen des Landes  
1321 sind zu umständlich und führen dazu, dass die Mittel nicht dort ankommen, wo sie sollen.  
1322 Deshalb werden wir die Förderungen mit geringen Summen für ehrenamtliches Engagement  
1323 massiv bürokratisch entlasten und vereinfachen.

## 1324 **Sport**

### 1325 **Sport stärkt Zusammenhalt – Vereine brauchen Freiheit statt Hürden**

1326 Sportvereine sind Orte von Gemeinschaft, Integration und Gesundheit. Damit sie diese Rolle  
1327 erfüllen können, brauchen sie weniger Bürokratie, verlässliche Rahmenbedingungen und  
1328 moderne Infrastruktur – von Sportstätten bis zu Schwimmangeboten. Wo Ehrenamt trägt,  
1329 muss der Staat entlasten und ermöglichen.

### 1330 **Stärkung des Breiten- und Leistungssports**

1331 Die FDP Sachsen-Anhalt setzt sich für die Stärkung der Strukturen im Breitensport und  
1332 Leistungssport ein.

1333 Mit 380.000 Mitgliedern in fast 3.000 Vereinen ist der organisierte Sport die größte  
1334 Personenvereinigung in Sachsen-Anhalt und leistet damit einen wesentlichen Beitrag für die  
1335 Entwicklung jedes Einzelnen, aber auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies  
1336 wollen wir Liberale stärken, zum Beispiel durch die Unterstützung des Ehrenamtes, die  
1337 Stimulierung zur Erlangung von Trainerlizenzen oder die Gleichstellung von Vereinen, die  
1338 eigene Liegenschaften nutzen und tragen zu Vereinen, die kommunale Sportstätten in

1339 Anspruch nehmen. Bei letzterem geht es auch um die Anpassung des Sportfördergesetzes  
1340 Sachsen-Anhalt.

1341 Für die Sportvereine insgesamt muss die Inanspruchnahme von kommunalen Sportstätten  
1342 bezahlbar bleiben.

1343 Der Nachwuchsleistungssport ist Ausdruck unbedingter Leistungsbereitschaft junger  
1344 Menschen. Daher gilt es, die Eliteschulen des Sports attraktiv zu halten und deren  
1345 Leuchtturmfunktion sichtbar zu machen.

1346 Für uns Liberale ist es wichtig, Menschen mit Beeinträchtigung durch den Sport zu stärken  
1347 und sichtbarer zu machen. Daher setzen wir uns weiterhin für Special Olympics und inklusive  
1348 Sportangebote ein.

#### 1349 **Gleichbehandlung von eSport und neuen Sportarten**

1350 eSport und andere neue, digital geprägte Sportarten sind Ausdruck gesellschaftlicher Realität  
1351 und dürfen nicht strukturell benachteiligt werden. Förderprogramme, Vereinsrecht und  
1352 Gemeinnützigkeitsregelungen müssen technologieneutral ausgestaltet sein. Der Staat hat  
1353 nicht zu bewerten, welche Sportart „richtig“ ist – entscheidend sind Organisation, Fairness  
1354 und Gemeinwohlorientierung.

#### 1355 **Offenheit statt Bevormundung**

1356 Liberale Sportpolitik setzt auf Vielfalt, Wettbewerb und Eigeninitiative. Wer sich engagiert,  
1357 soll unterstützt werden – unabhängig davon, ob auf dem Fußballplatz, in der Turnhalle oder  
1358 online im Wettbewerb. Innovation entsteht nicht durch Abgrenzung, sondern durch  
1359 Offenheit.

1360 Mehr Freiheit für Vereine. Mehr Wahlfreiheit für Familien. Mehr Fairness für neue  
1361 Sportarten.

### 1362 **Finanzen**

#### 1363 **Solide Finanzen: Prioritäten, Wirkung, Generationengerechtigkeit**

1364 Ein Staat, der immer mehr verspricht, ohne Prioritäten zu setzen, wird teuer und langsam –  
1365 und verlagert die Rechnung in die Zukunft. Solide Finanzen sind deshalb nicht nur eine Frage  
1366 der Zahlen, sondern eine Frage von Fairness zwischen den Generationen. Politik muss sich  
1367 auf das konzentrieren, was Wachstum ermöglicht: Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung,  
1368 Energiestandort und Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen uns für eine generationengerechte  
1369 Haushalts- und Finanzpolitik ein. Die Verschuldung des Landes führt schon jetzt zu hohen  
1370 Zinslasten. Das ist Geld, welches kommenden Generationen nicht mehr zur Verfügung steht.

1371 Auch bei künftigen Haushaltsaufstellungen muss der Blick zunächst auf die Ausgaben  
1372 gerichtet werden, statt nach neuen Einnahmequellen zu rufen. Dabei ist eine weitere  
1373 Verschuldung für die Freien Demokraten keine Lösung. Einer Aufweichung der

1374 Verschuldungsregeln des Landes stellen wir uns entgegen. Statt einer steigenden  
1375 Staatsschuldenquote ist ein sukzessiver Abbau der Verschuldung des Landes unser Ziel.

1376 **Konsequent investiv**

1377 Wir ordnen die Förderlandschaft neu. Für uns ist es wichtig, dass Anträge schnell und effizient  
1378 entschieden werden können.

1379 Restlandesmittel aus investiven Titeln fließen am Ende eines Haushaltsjahres in einen  
1380 Investitionsfond und stehen überjährig ausschließlich für Investitionen zur Verfügung. Damit  
1381 wollen wir die Chancen des Landes erhöhen, auch in Zukunft konsequent auf Investitionen  
1382 zu setzen.

1383 Darüber hinaus wollen wir in Zukunft bei der Förderung, die das Land bestimmt, auf folgende  
1384 drei Kategorien setzen:

- 1385 1. institutionelle Förderung, die kontinuierlich erfolgt mit fünfjährigen  
1386 Zuwendungsbescheiden mit Zielvereinbarungen, die messbare Vereinbarungen  
1387 enthält und jeweils ein Jahr vor Ende der Laufzeit evaluiert wird. Eine institutionelle  
1388 Förderung ist nur möglich, wenn es für die Erfüllung einer Aufgabe nur einen  
1389 Empfänger gibt.
- 1390 2. Förderverträge werden abgeschlossen, wenn es für eine Aufgabenerledigung  
1391 mehrere potenzielle Zuwendungsempfänger gibt und die Aufgabe typischerweise  
1392 längerfristig angelegt ist. Auf Basis eines Förderaufrufs mit konkreter  
1393 Leistungsbeschreibung können sich Interessierte bewerben und erhalten  
1394 Förderverträge für die Leistung über eine Laufzeit von 5 Jahren.
- 1395 3. Die klassische Projektförderung wird auf die Fälle beschränkt, die typischerweise von  
1396 einem Antragsteller nur sehr selten gestellt werden, wie etwa bei der Förderung von  
1397 Aufzügen.

1398 **Investitionen im Kernhaushalt, nicht aus Schuldenvermögen**

1399 Die CDU-geführte Bundesregierung stellt mit dem 500-Milliarden-Schuldenvermögen auch  
1400 Sachsen-Anhalt Mittel für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung. Darauf können wir  
1401 uns nicht ausruhen.

1402 Schon heute müssen wir die Prioritäten für die kommenden Jahrzehnte setzen: weg von  
1403 steigenden Sozialausgaben, hin zu Investitionen aus dem Kernhaushalt in Infrastruktur, die  
1404 einen Mehrwert bringt. Wir werden die Investitionsquote des Landeshaushalt weiter  
1405 erhöhen. Nur so stellen wir sicher, dass wir in zwanzig Jahren nicht wieder auf löchrigen  
1406 Straßen fahren und unsere Kinder in maroden Schulen unterrichtet werden.

1407 Mit Blick auf das Infrastruktursondervermögen werden wir die zur Verfügung stehenden  
1408 Mittel konsequent zusätzlich investieren. Einen Verschiebebahnhof aus dem Haushalt ins  
1409 Sondervermögen wird es mit uns nicht geben.

1410 Um die notwendigen finanziellen Mittel zu erschließen, wollen wir eine konsequente Prüfung  
1411 aller staatlichen Leistungen und einen entsprechenden Rückbau der Verwaltung.

Entwurf

## 1412 **KAPITEL 4: GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE**

### 1413 **WIE ES IST**

1414 Mobilität und öffentliche Infrastruktur sind mehr als technische Fragen – sie entscheiden  
1415 darüber, wie wir leben, arbeiten und miteinander verbunden sind. Für uns ist klar:  
1416 Gleichwertige Lebensverhältnisse sind kein Versprechen, sondern müssen überall in unserem  
1417 Land spürbar sein. Jeder Ort hat einen Anspruch auf Anschluss an die Zukunft. - Ob in  
1418 unseren Städten oder im ländlichen Raum – Menschen sollen sich darauf verlassen können,  
1419 dass sie gut erreichbar sind, dass medizinische Versorgung, Bildung, digitale Netze und  
1420 wirtschaftliche Chancen verfügbar sind. In der Praxis ist das oft noch anders. Gerade die  
1421 Gesundheitsversorgung etwa steht vor immensen Herausforderungen. Einerseits sehen wir  
1422 schon jetzt, dass die Menschen in unserem Land überdurchschnittlich häufig unter Herz-  
1423 Kreislauf-Erkrankungen leiden oder unter Adipositas. Andererseits werden in den  
1424 kommenden Jahren mehr hochbetagte Menschen in unserem Land leben aber deutlich  
1425 weniger Kinder geboren als in der Vergangenheit. Das bringt etwa die Krankenhäuser unter  
1426 Druck, wie wir jüngst in Zerbst gesehen haben. Und niedergelassene Ärzte arbeiten oft über  
1427 die Altersgrenze hinaus, um gerade im ländlichen Raum die Erreichbarkeit zu sichern.  
1428 Sachsen-Anhalt steht bei der Frage der Krankenhausplanung, ja der medizinischen  
1429 Versorgung insgesamt vor wichtigen Entscheidungen. Viele sind zu lange verschoben  
1430 worden, auch weil auf Gesetze des Bundes gewartet wurde.

1431 Im Bereich der Digitalisierung dagegen haben wir die letzten Jahre gut genutzt. Wir sind  
1432 deutlich schneller vorangekommen als geplant. Auch dank vieler ausbauender Unternehmen  
1433 können jetzt mehr als 70 Prozent der Haushalte und Unternehmen an Glasfaserleitungen  
1434 angeschlossen werden. Zudem sind in Sachsen-Anhalt nur noch 667  
1435 Haushalte/Unternehmen ohne 4G/5G. Betrachtet man die Landesfläche, bietet auf knapp 98  
1436 Prozent mindestens ein Anbieter 4G und auf 95 Prozent (Plan 80% bis 2025) 5G. Das ist ein  
1437 Erfolg, reicht uns aber nicht.

1438 Mobilität bedeutet Freiheit. Sie ermöglicht Teilhabe, eröffnet Chancen und hält unser Land  
1439 wirtschaftlich stark. Deshalb verstehen wir Straßen, Schienen, Wasserwege,  
1440 Radverbindungen, Flughäfen und digitale Netze, als das, was sie sind: die Lebensadern  
1441 unserer Gesellschaft. Für uns steht nicht das Verkehrsmittel im Mittelpunkt, sondern der  
1442 Mensch. Jede und jeder soll Arbeit, Bildung, Versorgung und Freizeit schnell, sicher und  
1443 zuverlässig erreichen können – bezahlbar, möglichst emissionsarm und ohne unnötigen  
1444 Lärm. Wir sind dabei gut vorangekommen, sei es beim Bau von Ortsumgehungen,  
1445 Erneuerung von Straßen, Schaffung von Radwegen oder der Verbesserung des Angebotes  
1446 von Bussen und Bahnverbindungen. Aber auch hier gilt: wir haben noch ein Stück Weg vor  
1447 uns, nicht nur bei der Fertigstellung der Autobahnen, der Sanierung von Brücken und etwa  
1448 bei der Schaffung von Verbindungen über die Elbe.

1449 **WAS WIR WOLLEN**

1450 Es soll in der Zukunft „nicht mehr der Rede wert“ sein, wenn der Zug oder der Bus pünktlich  
1451 kommt und uns bequem zu unserem Ziel gebracht hat. Die Pünktlichkeit im SPNV soll  
1452 gegenüber dem Basisjahr 2025 um 20 Prozent steigen, die Zugausfälle sollen um 30 Prozent  
1453 sinken. Die Straßen sollen gut ausgebaut sein und den Mobilitätsgewohnheiten angemessen.  
1454 Wir werden den Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und zu wenig in die  
1455 Verkehrsinfrastruktur investieren. Überall im Land soll ein Mittelzentrum in einer Zeit von 30  
1456 Minuten erreichbar sein. Die Elbe darf nicht mehr „im Weg sein“. Wir wollen das  
1457 Radwegenetz weiter ausbauen. Es soll sowohl für den Tourismus als auch den Alltagsverkehr  
1458 passen und vor allem sicher etwa für die Schülerinnen und Schüler sein, die lieber auf das  
1459 Rad als den Bus setzen.

1460 Wir verbessern bestehende Systeme konsequent durch Digitalisierung – von smarten  
1461 Ampeln bis zum autonomen Fahren. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur auf allen Wegen,  
1462 attraktive Takte bei Bus und Bahn, pünktliche Verkehre, verlässliche Anschlüsse und  
1463 Barrierefreiheit stehen an erster Stelle. Wir wollen 5G auf der gesamten Fläche – auch um  
1464 eine ideale Infrastruktur für die Land- und Forstwirtschaft zu bieten. Und wir wollen für 100  
1465 Prozent der Haushalte die Möglichkeit des Glasfaseranschlusses und werben intensiv dafür,  
1466 diese Möglichkeit auch zu nutzen (derzeit 30%).

1467 Wir beschleunigen Verfahren. Wir setzen vollständig digitale Genehmigungen, einheitliche  
1468 Datenstandards und medienbruchfreie Verfahren zwischen Behörden (Digital Only) durch.  
1469 Zuständigkeiten sollen mit verbindlichen Fristen möglichst in einer Behörde gebündelt  
1470 werden.

1471 **WAS WIR TUN:**

1472 **Landesentwicklung**

1473 Sachsen-Anhalt steht vor einem entscheidenden Jahrzehnt. Der demografische Wandel wird  
1474 in den nächsten 15 Jahren die Organisation unserer Daseinsvorsorge grundlegend verändern.  
1475 Unser Ziel ist eine Landesentwicklungspolitik, die auf diesen Wandel mit Innovation und  
1476 Kooperation statt mit Rückzug reagiert. Wir schaffen Strukturen, die Wachstum ermöglichen  
1477 und echte Chancengerechtigkeit sichern – in den wachsenden Zentren ebenso wie in unseren  
1478 ländlichen Räumen.

1479 Dafür stärken wir zentrale Orte als Anker für Versorgung, Bildung, Arbeit und Gesundheit und  
1480 vernetzen sie besser mit ihrem Umland. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten für uns:  
1481 gute Erreichbarkeit, verlässliche digitale Infrastruktur und leistungsfähige öffentliche Dienste  
1482 – unabhängig vom Wohnort.

1483 Sachsen-Anhalt soll als attraktiver Lebens- und Arbeitsraum sichtbar werden – auch für  
1484 Menschen, die aus überhitzten Metropolräumen zu uns ziehen wollen. Wir setzen auf

1485 bezahlbare Wohnungen, hohe Lebensqualität und moderne Arbeitsformen: mit  
1486 flächendeckend schnellem Internet, digitalen Angeboten und neuen Möglichkeiten wie  
1487 Coworking in Stadt und Land. So gewinnen wir Fachkräfte, stärken den Mittelstand und  
1488 machen unser Land zum Chancenraum für Familien, Gründerinnen und Gründer sowie  
1489 Beschäftigte.

1490 Unser Ansatz ist liberal und pragmatisch: Markt, Wettbewerb und Innovation, wo sie tragen  
1491 – gezielte öffentliche Unterstützung dort, wo Versorgung sonst nicht gesichert ist. Wir  
1492 beschleunigen Planungs- und Genehmigungsverfahren, stärken kommunale Verantwortung  
1493 und erleichtern interkommunale Kooperationen. Innenentwicklung hat für uns Vorrang vor  
1494 zusätzlichem Flächenverbrauch: Ortskerne beleben, Brachflächen aktivieren, Wege  
1495 verkürzen. Aber wir stehen nicht im Weg, wenn Menschen ihren Traum vom Eigenheimbau  
1496 leben wollen. Mobilität verstehen wir gerade im ländlichen Raum als Daseinsvorsorge im  
1497 Alltag: verlässlich, bezahlbar, barrierefrei und vernetzt – von Schiene und Bus bis zu flexiblen  
1498 On-Demand-Angeboten.

1499 Landesentwicklung ist für uns kein Verteilkampf, sondern eine Modernisierungsaufgabe: mit  
1500 klaren Prioritäten bei Mobilität, digitaler Infrastruktur und Bildung, weniger Bürokratie und  
1501 mehr kommunaler Gestaltungskraft. So entsteht ein Sachsen-Anhalt der kurzen Wege,  
1502 starken Regionen und echten Aufstiegschancen.

### 1503 **Energie- und Abfallinfrastruktur: Genehmigungen beschleunigen, Deponiekapazitäten** 1504 **sichern**

1505 Energieinfrastruktur braucht schnellere, einfachere Verfahren. Für Kundenanlagen fordern  
1506 wir ein Prinzip wie: ein Projekt, ein Antrag, eine Genehmigung, eine Anmeldung – alternativ  
1507 eine zentrale Koordinierungsstelle für Meldepflichten. Für industrielle Anwendungen  
1508 berücksichtigen wir technologieoffen auch den Beitrag von türkischem Wasserstoff  
1509 (Methanpyrolyse) in einer Übergangsphase.

1510 Auch bei maximaler Vermeidung und Recycling wird es Abfälle geben, die deponiert werden  
1511 müssen. Sachsen-Anhalt muss rechtzeitig zusätzliche Kapazitäten planen, genehmigen und  
1512 bauen, damit Unternehmen nicht gezwungen sind, Abfälle außerhalb des Landes zu  
1513 entsorgen. Andienungspflichten oder Ablagerungsgenehmigungen lehnen wir ab.

## 1514 **Gesundheit & Rettungswesen**

### 1515 **Gesundheit vor Ort – Die mobile Versorgungsoffensive**

1516 Wir bringen die medizinische Versorgung zu den Menschen, die sie benötigen. Durch ein  
1517 landesweites Förderprogramm etablieren wir „rollende Arztpraxen“ und spezialisierte  
1518 Facharzt-Busse in infrastrukturell herausfordernden Regionen. Besonders in der Kinder- und  
1519 Jugendmedizin sowie der psychiatrischen Versorgung schaffen wir so eine schnelle,  
1520 wohnortnahe Behandlung ohne lange Anfahrtswege. Auch für ältere Menschen mit

1521 körperlichen Beeinträchtigungen, für die sich der Arztbesuch als besonders beschwerlich  
1522 darstellt, stellen solche Konzepte eine erhebliche Erleichterung dar und tragen somit dazu  
1523 bei, die Autonomie in der Lebensführung zu erhalten.

#### 1524 **Gesundheitskompetenzen und Prävention**

1525 Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit einer älteren Bevölkerung und einer  
1526 überdurchschnittlichen Krankheitslast. Das wirkt sich nicht nur auf das Gesundheitssystem  
1527 aus, sondern ganz konkret auf den Alltag der Menschen, die Leistungsfähigkeit der Betriebe  
1528 und die Perspektive auf ein gutes Arbeitsleben und eine gesunde Zeit nach Renteneintritt.  
1529 Prävention soll dabei ein niedrigschwelliges Angebot sein, das Menschen realistisch nutzen  
1530 können - unabhängig von Einkommen, Wohnort und in den Alltag integrierbar. Wer länger  
1531 gesund bleibt, hat mehr Handlungsspielräume, mehr Optionen im Berufsleben und mehr  
1532 Chancen, die Zeit bis und in der Rente aktiv und selbstbestimmt zu gestalten. Wir wollen  
1533 Prävention daher als unerlässliche Säule der Gesundheitsversorgung verstetigen und die  
1534 Gesundheitskompetenzen der Menschen stärken, denn eine moderne medizinische  
1535 Versorgung setzt nicht erst dann an, wenn eine Krankheit bereits vorliegt.

1536 Aktuell existieren diverse Angebote unterschiedlicher Anbieter und Akteure. Das sorgt dafür,  
1537 dass Prävention nicht ganzheitlich gedacht wird. Wir wollen das ändern, indem wir  
1538 Prävention auf zwei Ebenen betrachten. Um bestehende Angebote zusammenzuführen  
1539 wollen wir landesweit eine Anlaufstelle schaffen, die Angebote bündelt und Informationen  
1540 bereitstellt. Auf der anderen Seite sehen wir Vertreter der akademischen Heilberufe sowie  
1541 Gesundheitsfachberufe in der Verantwortung ihrem Präventionsauftrag auf individueller  
1542 Ebene nachzukommen und streben eine verbesserte Vergütung dieser Leistungen an.

#### 1543 **Ambulante medizinische Versorgung und Nachwuchs**

1544 Dem ambulanten Sektor muss eine gesonderte Beachtung zukommen, denn er übernimmt  
1545 den größten Teil der Patientenversorgung und stellt somit das Rückgrat unseres  
1546 Gesundheitssystems dar.

1547 Wir begrüßen daher ausdrücklich den Mut und die Motivation, den Mediziner und  
1548 Angehörige der Gesundheitsfachberufe aufbringen, um sich niederzulassen. Deshalb bauen  
1549 wir die Unterstützung für dieses Unterfangen aus und reduzieren dafür gezielt bürokratische  
1550 Hürden, die diesen Weg erschweren. Gleichzeitig stärken wir den ärztlichen Nachwuchs,  
1551 indem wir erfolgreiche Netzwerkmodelle (wie „Kompass“ für die Weiterbildung in der  
1552 Allgemeinmedizin) auf weitere Fachbereiche wie Kinderheilkunde und Psychiatrie ausweiten.  
1553 So verbessern wir die Weiterbildungsqualität und schaffen frühzeitig Perspektiven und  
1554 verlässliche Strukturen für junge Ärzte. Darüber hinaus machen wir den Arztberuf insgesamt  
1555 attraktiver: Mit passgenauen Entlastungsangeboten verbessern wir die Rahmenbedingungen  
1556 für niedergelassene Mediziner und geben ihnen mehr Zeit für das Wesentliche – die  
1557 Versorgung ihrer Patienten. Beispielsweise wollen wir die Telematik Infrastruktur

1558 praxistauglich gestalten, um die Digitalisierung durch einen echten Mehrwert zu einem Erfolg  
1559 zu führen.

1560 Unser Ziel ist ein effektives und freiheitliches Gesundheitssystem, das Engagement und  
1561 Qualität belohnt und medizinische Versorgung nachhaltig sichert. Wir wollen das junge  
1562 Berufsbild des Physician Assistant zu einem festen Baustein der ambulanten Versorgung von  
1563 morgen machen - besonders im ländlichen Raum. Die Fachkräfte werden bereits in Sachsen-  
1564 Anhalt ausgebildet; diese Ausbildung wollen wir gezielt ausbauen, intensiv fördern und  
1565 politisch unterstützen. Gemeinsam mit Landesärztekammer und Kassenärztlicher  
1566 Vereinigung wollen wir innovative und verlässliche Konzepte schaffen, damit Physician  
1567 Assistants in Sachsen-Anhalt klare und attraktive Berufsperspektiven erhalten. Zugleich  
1568 stärken wir die Ausbildungskapazitäten zum Beispiel an den medizinischen Fakultäten in  
1569 Halle und Magdeburg, um Sachsen-Anhalt zum Vorreiter in der PA-Ausbildung zu machen. So  
1570 sichern wir Fachkräfte im Land, entlasten Praxen und schaffen eine moderne, wohnortnahe  
1571 Versorgung.

#### 1572 **Qualität und Gleichwertigkeit der Approbation**

1573 Zahlreiche in Sachsen-Anhalt tätige Ärzte erwarben ihre zur Berufsausübung notwendigen  
1574 Abschlüsse außerhalb der EU. Die Gleichwertigkeitsprüfung dieser Unterlagen nimmt häufig  
1575 mehrere Jahre in Anspruch, welche sowohl für den Arbeitnehmer als auch den Arbeitgeber  
1576 mit rechtlichen Unklarheiten und emotionaler Belastung einhergehen. Die Kenntnisprüfung  
1577 Humanmedizin, der sich Ärzte aus Nicht-EU-Ländern alternativ unterziehen können, soll die  
1578 Gleichwertigkeit der Fachkenntnisse im Rahmen einer mündlichen Prüfung eruieren, bildet  
1579 jedoch den Umfang und die inhaltliche Tiefe deutscher Staatsexamina nicht ausreichend ab.  
1580 Um langwierige, kostenaufwendige bürokratische Verfahren zu vermeiden und eine  
1581 tatsächliche Gleichwertigkeit der Ausbildung zu gewährleisten, fordern wir daher die  
1582 Abschaffung der Gleichwertigkeits – und Kenntnisprüfungen und an ihrer statt das Ablegen  
1583 der in Deutschland notwendigen Examina. So gewährleisten wir nicht nur eine qualitativ-  
1584 hochwertige ärztliche Versorgung unabhängig vom Herkunftsland, sondern entlasten auch  
1585 die Behörden von aufwendigen Überprüfungen.

#### 1586 **Krankenhauslandschaft und Kooperation**

1587 Sachsen-Anhalt verfügt mit seinen 44 Krankenhäusern über flächendeckende  
1588 Versorgungskapazitäten. Unser Ziel ist es, die bestehende Krankenhauslandschaft integrativ  
1589 und leistungsfähiger zu gestalten. Wir fördern lokale Gesundheitszentren als verbindendes  
1590 Element zwischen Kliniken und Praxen und stärken damit die sektorübergreifende  
1591 Zusammenarbeit vor Ort. Zugleich setzen wir uns für den Erhalt tragfähiger  
1592 Krankenhausstandorte sowie einer Strukturreform zur Bewältigung der Herausforderungen  
1593 durch den demografischen Wandel sowie den Fachkräftemangel ein und investieren gezielt  
1594 in eine moderne, digitale und bedarfsgerechte Infrastruktur. Dafür werden wir sicherstellen,

1595 dass das Land den begonnenen Prozess der Krankenhausplanung zügig abschließt. Dadurch  
1596 wird sichergestellt, dass Investitionen in sinnvolle Strukturen getätigt werden.

1597 Kliniken werden so vernetzt, dass spezialisierte Expertise, zum Beispiel in den Bereichen der  
1598 Radiologie, Pädiatrie und Neurologiedigital in kleinere Standorte hineinwirkt, in der Praxis  
1599 wirksame Beispiele sind NeuvaNet SAN in Sachsen-Anhalt, sowie TEMPIS (München) und  
1600 TeleStorch (Oldenburg)

#### 1601 **Innovation und Forschung**

1602 Wir wollen Gesundheit neu denken: Mit Innovation, Forschung und Digitalisierung machen  
1603 wir unser Gesundheitssystem zu einem Motor für Fortschritt, Lebensqualität und regionale  
1604 Stärke – damit medizinische Spitzenleistung von morgen schon heute bei den Menschen  
1605 ankommt. Unabdingbar hierfür ist eine belastbare, zuverlässige und flächendeckende  
1606 digitale Infrastruktur. Ebenfalls braucht es einheitliche technische Schnittstellen und eine  
1607 sichere Datenverwaltung, damit Informationen dort ankommen, wo sie gebraucht werden –  
1608 schnell, effizient und datenschutzkonform.

1609 Die Universitätskliniken in Sachsen-Anhalt leisten bereits jetzt Spitzenforschung in den  
1610 Bereichen Altersmedizin, Immun- und Zelltherapie sowie Neurowissenschaften. Um unser  
1611 Profil zu schärfen und somit auch die Attraktivität des Arbeitsstandorts zu steigern, genießen  
1612 Innovations- und Forschungsförderung für uns hohe Priorität. Mit etablierten  
1613 Förderinstrumenten wie dem Innovationsfonds des Bundesministeriums für  
1614 Gesundheit bringen wir neue Behandlungsansätze gezielt nach Sachsen-Anhalt und schaffen  
1615 Raum für innovative Versorgungsmodelle.

1616 Wer Versorgung verbessern will, muss wissen, wo Versorgungslücken entstehen, welche  
1617 Modelle funktionieren und wie Personal, Digitalisierung und neue Berufsbilder sinnvoll  
1618 eingesetzt werden können. Wir wollen Sachsen-Anhalt deshalb zum Vorreiter machen und  
1619 Versorgungsdefizite nicht hinnehmen, sondern auf Basis von Daten, Praxisnähe und  
1620 Innovationswillen gezielt entgegenwirken.

1621 Um die Universitätsmedizin in Sachsen-Anhalt weiter zu verbessern, wollen wir eine engere  
1622 Zusammenarbeit der beiden Universitätsklinika. Das bisherige Konzept „Universitätsmedizin  
1623 2030“ reicht uns dafür nicht aus. Wir werden deshalb verbindliche Kooperationsverträge und  
1624 Bündelungen von Kompetenzen auf den Weg bringen und Doppelstrukturen in Forschung  
1625 und Verwaltung abzubauen. Unser Anspruch ist ein lernfähiges, digitales und  
1626 widerstandsfähiges Gesundheitssystem, das Fortschritt ermöglicht und Sicherheit garantiert.

1627 Künstliche Intelligenz und nachfolgende, spezialisierte Modelle werden Diagnostik,  
1628 Therapieplanung, Wirkstoffentwicklung und Versorgungssteuerung grundlegend verändern.  
1629 Sachsen-Anhalt soll hierbei eine gestaltende Rolle einnehmen. Wir schaffen ein landesweites  
1630 Kompetenzzentrum „KI in Medizin & Biowissenschaften Sachsen-Anhalt (KIMBIO-SA)“ als

1631 Brücke zwischen Universitätsmedizin, außeruniversitärer Forschung, Start-ups und  
1632 Versorgungspraxis. Die Standorte Halle und Magdeburg - mit ihren Stärken u.a. in Life-  
1633 Science, Biomedizin und Neurobiologie - fungieren als zentrale Knoten. Der Auftrag ist,  
1634 Modelle in die Versorgung zu bringen, Forschung zu beschleunigen und insbesondere auch  
1635 die Zahl und Qualität der Ausgründungen zu verbessern. Damit Innovation nicht an Prozessen  
1636 scheitert und Geschwindigkeit ein Standortvorteil wird, etablieren wir einen einheitlichen  
1637 Fast-Track für Ethik-, Datenschutz- und IT-Sicherheitsprüfungen bei kooperierenden  
1638 Einrichtungen.

### 1639 **Rettungsdienst & Bevölkerungsschutz**

1640 Wir stärken den Rettungsdienst und den Bevölkerungsschutz, damit schnelle Hilfe überall  
1641 zuverlässig ankommt. Dabei reformieren wir die bestehenden Hilfsfristen: Entscheidend soll  
1642 nicht allein die Fahrzeit sein, sondern vor allem die Qualität der Versorgung am Patienten.  
1643 Gleichzeitig nutzen wir die Chancen moderner Technik und ermöglichen eine  
1644 flächendeckende fernärztliche Notfallbegleitung. Das im Süden des Landes in Erprobung  
1645 befindliche Konzept des Telenotarztes konnte bereits seinen Nutzen unter Beweis stellen.  
1646 Durch Bild- und Tonübertragung können Notärzte die Einsatzkräfte vor Ort unmittelbar  
1647 unterstützen, medizinische Entscheidungen absichern und wertvolle Zeit gewinnen. Wir  
1648 befürworten daher ausdrücklich die landesweite Etablierung des Projektes. So schaffen wir  
1649 ein zeiteffizientes, modernes Rettungssystem, das Professionalität, Digitalisierung und  
1650 Menschlichkeit verbindet. Eine Verortung der Struktur im Norden des Bundeslandes bei der  
1651 kassenärztlichen Vereinigung lehnen wir ab.

1652 Die landesweite Etablierung des Projektes des Gemeindenotfallsanitäters lehnen wir ab. Ein  
1653 Mehrwert für die Versorgung lässt sich aus den bisherigen Erfahrungen nicht ablehnen. Viel  
1654 eher wird dadurch eine weitere Doppelstruktur geschaffen, die keinen eigenen  
1655 Kompetenzbereich besitzt.

1656 Zur Verbesserung der Qualität und der schnelleren Hilfe, wollen wir Ersthelferapps  
1657 flächendeckend ausrollen. Darüber soll sich qualifiziertes Personal registrieren dürfen, um,  
1658 sollte es im direkten Umfeld einen Notfall geben, schnell und unkompliziert bei Möglichkeit  
1659 helfen zu können.

1660 Darüber hinaus wollen wir über Standardisierte Arbeitsanweisungen (SAA) für mehr  
1661 Einheitlichkeit und Entlastung sorgen. Dadurch können unnötige Einsätze im Rettungsdienst  
1662 bereits in der Leitstelle verhindert werden.

1663 Die aktuelle Struktur der Leitstellen wollen wir neu denken, resilient aufstellen und sinnvoll  
1664 verschlanken. Dafür werden wir uns dafür einsetzen, dass nicht mehr in (fast) jedem  
1665 Landkreis eine Leitstelle betrieben wird, sondern maximal 3-4 Leitstellen, welche die  
1666 Regionen des Landes abdecken und in Krisenfällen unterstützen.

1667 **Apotheken**

1668 Apotheken sind nach Auffassung der Freien Demokraten ein unentbehrlicher Bestandteil  
1669 eines flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems. Neben der  
1670 Arzneimittelherstellung, -prüfung und -abgabe stellt die Beratung einen an Relevanz  
1671 gewinnenden Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz und somit der  
1672 Prävention von Erkrankungen dar. Wengleich Sachsen-Anhalt eine vergleichsweise hohe  
1673 Dichte an Apotheken aufweist (26 Apotheken je 100.000 Einwohner; Bundesverband  
1674 deutscher Apothekenverbände, Stand 2024), geht die Zahl der öffentlichen Apotheken  
1675 aufgrund erschwerter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie mangelnden Personals  
1676 insbesondere im ländlichen Raum sukzessive zurück. Daher wollen wir uns auf Bundesebene  
1677 für ein der generellen Preisentwicklung entsprechendes Apothekenhonorar einsetzen (letzte  
1678 Erhöhung 2013 auf 8,35€ je rezeptpflichtigem Arzneimittel). Zudem fordern wir die adäquate  
1679 Vergütung von qualifizierten Beratungs- und Präventionsleistungen, um dem enormen  
1680 gesamtgesellschaftlichen Nutzen der niedrigschwelligen, ambulanten Patientenbetreuung  
1681 Rechnung zu tragen. Diese Anpassungen sind nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht  
1682 geboten, sondern steigern in Voraussicht auf ein drohendes Nachwuchsproblem die  
1683 Attraktivität des Berufsbildes des Apothekers langfristig.

1684 **Pflege**

1685 Wir stellen die Pflege konsequent in den Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik. Unser Ziel  
1686 ist es, den Pflegeberuf spürbar attraktiver zu machen – damit erfahrene Pflegekräfte im  
1687 System bleiben und zugleich neue Fachkräfte gewonnen werden können. Dafür setzen wir  
1688 auf konkrete Verbesserungen im Arbeitsalltag.

1689 Flexible Arbeitszeitmodelle sowie Schichtzuschläge auf Stundenlohnbasis wollen wir erhalten  
1690 und gezielt weiterentwickeln, damit Pflege besser mit dem persönlichen Lebensentwurf  
1691 vereinbar wird. Innovative Ideen der Pflegeeinrichtungen und -unternehmen dürfen nicht an  
1692 rechtlichen Auflagen scheitern.

1693 **Zielstrebige Entbürokratisierung**

1694 Doppelstrukturen und Mehrfachdokumentationen schaffen wir ab; Dokumentiert werden  
1695 soll künftig vor allem dann, wenn von vereinbarten pflegerischen Leistungen abgewichen  
1696 wird. Pflegeeinrichtungen in Sachsen-Anhalt müssen endlich von überbordenden  
1697 Meldepflichten, nutzlosen Statistikabfragen und mehrfachen Regelprüfungen entlastet  
1698 werden. Statt immer neuer Dokumentationslasten braucht es eine gebündelte, höchstens  
1699 jährliche Berichtspflicht sowie digitale Systeme, die notwendige Daten automatisiert  
1700 erfassen. Prüfungen durch Heimaufsicht und medizinischen Dienst müssen besser  
1701 koordiniert und konsequent auf risikobasierte Anlassprüfungen begrenzt werden. Wer mehr  
1702 Zeit für Pflege will, muss Bürokratie abbauen und Kontrolle dort konzentrieren, wo sie  
1703 wirklich notwendig ist.

1704 **Aus- und Weiterbildung**

1705 Die Ausbildung reformieren wir praxisnah und durchlässig. Die generalistische  
1706 Pflegeausbildung evaluieren und passen wir gemeinsam mit der Pflegehilfeausbildung an, um  
1707 Abbruchquoten zu senken und Auszubildende im System zu halten. Differenzierte  
1708 Ausbildungswege und eine bessere Durchlässigkeit – etwa über eine „Y-Struktur“ – schaffen  
1709 individuelle Entwicklungsmöglichkeiten. Ergänzend ermöglichen wir eine stärkere  
1710 Ausdifferenzierung, beispielsweise durch Eignungsprüfungen oder Empfehlungen der  
1711 Pflegeschulen, damit Talente gezielt gefördert werden können. Nicht zuletzt fördern wir  
1712 umfassende Weiterbildungs- und Spezialisierungsangebote für echte Karriereperspektiven  
1713 und einen langen Verbleib im Beruf.

1714 **Anerkennung**

1715 Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs wollen wir außerdem die Anerkennung ausländischer  
1716 Berufsabschlüsse beschleunigen. Pflegekräfte sollen vorläufig arbeiten dürfen, sobald alle  
1717 erforderlichen Unterlagen und nötige Sprachkenntnisse vorliegen und der Arbeitgeber  
1718 zustimmt. Enge Abstimmungen zwischen prüfenden Behörden und Pflegeeinrichtungen  
1719 begleiten den gesamten Prozess. Die Kenntnisprüfung soll direkt in den jeweiligen  
1720 Einrichtungen möglich sein. Bestehende Kooperationen zwischen ausländischen  
1721 Pflegeschulen und Einrichtungen im Land wollen wir gezielt nutzen, um  
1722 Anerkennungsverfahren weiter zu verkürzen.

1723 **Stationäre und ambulante Pflege**

1724 Im Falle einer Pflegebedürftigkeit ist das höchste Ziel, die Selbstständigkeit des Menschen so  
1725 lange wie möglich zu erhalten sowie eine würdevolle und individuelle Lebensführung zu  
1726 gewährleisten. Wir befürworten hierbei den Grundsatz: „Ambulant vor stationär“, der den  
1727 Verbleib im gewohnten Umfeld so lang wie möglich aufrechterhält. Vor diesem Hintergrund  
1728 müssen häusliche Pflege und Heimpflege hierbei als Partner interagieren und sich ergänzen.  
1729 Darüber hinaus setzen wir uns für eine grundlegende Überarbeitung bestehender  
1730 gesetzlicher Vorgaben (GVWG) ein, die Pflegeeinrichtungen unnötig belasten. Die  
1731 Pflegeversicherung wollen wir umfassend reformieren: Versicherungsfremde Leistungen  
1732 gehören gestrichen, ein kapitalgedecktes Element muss wie bei der Krankenversicherung  
1733 ergänzt und Anreize für private sowie betriebliche Vorsorge gestärkt werden. Eine  
1734 Kommunalisierung der Pflege lehnen wir ab – Pflege braucht verlässliche  
1735 Rahmenbedingungen, unternehmerische Freiheit und klare Zuständigkeiten. Nicht zuletzt  
1736 verbessern wir die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige, beispielsweise durch  
1737 Bürokratieabbau, niedrigschwelligere Informationen oder fachliche Unterstützung. Sie  
1738 leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft und verdienen mehr  
1739 Entlastung, unabhängige Beratung und flexible Hilfen im Alltag.

1740

## **Infrastruktur**

1741

### **Echte Sanierungen statt Flickwerk im Straßenbau - Neubau weiter ermöglichen**

1742

Beim Straßenbau hat für uns weiterhin der Erhalt Priorität. Landes- und Kreisstraßen sollten

1743

dabei in erster Linie grundhaft saniert statt nur geflickt werden. Wir werden aber auch weiter

1744

neu bauen, wenn das - wie etwa bei Ortsumfahrungen - einen klaren Nutzen für die

1745

Menschen bringt. Niemand soll länger als 30 Minuten bis zur Kreisstadt brauchen oder zur

1746

Autobahn oder zweispurigen Bundesstraße. Für uns ist es selbstverständlich, dass der A14-

1747

Lückenschluss und die A143 zügig fertiggestellt werden und wir wollen auch die Verlängerung

1748

der A71 bis nach Aschersleben weiter vorantreiben. Bei in anderen Ländern freiwerdenden

1749

Bundesmitteln wollen wir zusätzliche Projekte in Sachsen-Anhalt vorziehen. Wir wollen die

1750

Planung und den Bau zusätzlicher Elbquerungen der Landesstraßen im Bereich etwa in der

1751

Altmark oder im Kreis Wittenberg prüfen und voranbringen und geben auch weitere

1752

Elbquerungen der Bundesstraße nicht auf.

1753

### **Rad- und Fußverkehr – sicher, direkt, alltagstauglich**

1754

Wir entschärfen Kreuzungen, sichern Querungen und verbessern Wegweisungen –

1755

besonders wichtig für Kinder sowie Seniorinnen und Senioren. Den Ausbau des Wegenetzes

1756

für Radfahrer erreichen wir vor allem durch das Schließen von Lücken. Zentral dafür ist

1757

Planung über Baulastgrenzen hinweg, um zügig durchgängige Alltagsrouten zu schaffen.

1758

Menschen wollen mit dem Rad mobil sein, wir schaffen die Infrastruktur dafür. Wir sind in

1759

dieser Legislatur einen deutlichen Schritt vorangekommen, aber wir wollen mehr.

1760

Zur Attraktivität gehören sichere Abstellanlagen und Ladepunkte an Bahnhöfen, ÖPNV-

1761

Knoten und in Ortszentren. Fahrradparkhäuser nutzen wir prioritär an stark nachgefragten

1762

Standorten. Diebstahlprävention stärken wir durch Video, digitale und landesweit

1763

standardisierte Zugangssysteme. Die Alltagsradnetze der Landkreise sollen durchgängig und

1764

digital erfasst sein.

1765

### **Smarter Verkehr ist flüssigerer Verkehr**

1766

Moderne Technologien helfen dabei, die Infrastruktur besser zu nutzen. Bedarfsabhängige

1767

Ampelschaltungen, vernetzte Baustellenplanung mit digitalem Slot-Management und

1768

bessere Umleitungsstrategien sollen die Auswirkungen der zwingend erforderlichen

1769

Vollsperrungen bei vielen Baumaßnahmen abmildern. Bei Baumaßnahmen denken wir die

1770

Anforderungen für hochautomatisiertes Fahren (z. B. digitale Karten, Markierungen,

1771

Netzanbindung) immer mit. Dies verbessert das Angebot für Kfz genauso wie für die

1772

Radfahrer und Fußgänger.

1773

### **Verfahren vereinfachen**

1774

Wir beschleunigen die Genehmigungsverfahren für Ersatzneubauten, indem wir die

1775

Planfeststellung regelmäßig durch die Plangenehmigung ersetzen, wenn an der Trasse keine

1776 wesentlichen Änderungen herbeigeführt werden. Wir wollen ebenso dafür die  
1777 Voraussetzungen schaffen, auf Planfeststellungsverfahren zu verzichten, wenn der Landtag  
1778 für Infrastrukturmaßnahmen das überragende Landesbedeutsame Interesse festgestellt hat.  
1779 Mindestens 80 Prozent der Genehmigungen für Verkehrsprojekte sollen vollständig digital  
1780 erfolgen.

#### 1781 **Klagemöglichkeiten auf ein sinnvolles Maß begrenzen**

1782 Späte Klagen verzögern Genehmigungsverfahren unnötig. Wir streben eine grundlegende  
1783 Reform des Verbandsklagerechts an, die sich daran orientiert, was nach europäischem Recht  
1784 zwingend erforderlich ist. Als Zwischenschritt wird des Verbandsklagerechts durch klare  
1785 Fristen/Präklusion und Gerichts-Konzentration auf ein rechtlich notwendiges Mindestmaß  
1786 reduziert.

#### 1787 **Führerschein bezahlbar machen**

1788 Den Erwerb des Führerscheins wollen wir einfacher und günstiger machen. Dazu gehört die  
1789 beschleunigte und digital unterstützte Ausbildung.

#### 1790 **Attraktiver ÖPNV**

1791 Auch wenn außerhalb der Städte das Auto die Mobilität der Wahl für die meisten Menschen  
1792 bleiben wird, wollen wir das Angebot des ÖPNV weiter ausbauen. Mobilität ist Freiheit. Dazu  
1793 gehört auch die Freiheit zwischen verschiedenen Mobilitätsarten entscheiden zu können, je  
1794 nachdem, was geeigneter ist. Eine gute Infrastruktur, Schiene, Straße, Rad- und Fußwege  
1795 gehören genauso dazu wie komfortable Möglichkeiten von einem Verkehrssystem auf das  
1796 andere wechseln zu können. Im ÖPNV setzen wir dabei auf:

- 1797 • Wir wollen eine 30-Minuten-Erreichbarkeit zur nächsten größeren Stadt landesweit.
- 1798 • Die Pünktlichkeit im SPNV soll gegenüber dem Basisjahr 2025 um 20 Prozent steigen,  
1799 die Zugausfälle sollen um 30 Prozent sinken.
- 1800 • Auf allen SPNV-Relationen, die nicht wirtschaftlich mit Oberleitungen elektrifizierbar  
1801 sind, soll batterieelektrischer Betrieb Standard werden.
- 1802 • Magdeburg soll im ICE-Takt auf Ost-West und ergänzend auf einer Nord-Süd-Relation  
1803 angebunden sein.
- 1804 • Wir bauen das Landes-Bus-Netz aus und modernisieren Angebote im ländlichen  
1805 Raum – inklusive On-Demand-Shuttles, Rufbussen und perspektivisch autonomen  
1806 Kleinbussen, nahtlos integriert in Taktverkehre.
- 1807 • Bahnhöfe sollen zu Mobilitätszentren werden: gute Erreichbarkeit per Bus, Rad und  
1808 Auto (Park+Ride/Bike+Ride), digitale Information, Barrierefreiheit und lebendige  
1809 Nutzung der Gebäude. Wir sind dafür, dass die Vermarktung aus Landesmitteln  
1810 unterstützt wird. Gute Abstellmöglichkeiten für Auto und Rad gehören dazu;  
1811 Fahrradstellplätze sollen landesweit digital buchbar werden.

- 1812 • Mobility-as-a-Service wird zum Standard: Eine landesweite Mobilitäts-App mit  
1813 Echtzeitdaten, Bezahlung und Check-in/out über alle Verkehrsmittel hinweg –  
1814 inklusive Car-/Bike-/Scooter-Sharing und On-Demand-Verkehren über  
1815 Verbundgrenzen hinaus, mit Schnittstellen zu Nachbarkreisen und -bundesländern.
- 1816 • Das Deutschlandticket bleibt Teil des Angebots, darf jedoch nicht zu Lasten von  
1817 Qualität und Stabilität der Verkehre gehen.
- 1818 • Mehr Flexibilität im Fahrzeugeinsatz zwischen Strecken im Regionalverkehr, stärkere  
1819 Werkstattreserven, klare Qualitätskennzahlen (Pünktlichkeit, Ausfälle, Sauberkeit)  
1820 und Bonus-/Malus-Systeme.
- 1821 • Nebenstrecken wollen wir sichern und sinnvolle Reaktivierungen prüfen und  
1822 umsetzen – etwa die Strecke der Saftbahn bis Köthen oder Barby–Güterglück als  
1823 Entlastung für den Personen- und Güterverkehr.
- 1824 • Elektrifizierung treiben wir pragmatisch voran: Wo Oberleitungen wirtschaftlich sind,  
1825 setzen wir uns für den Ausbau ein. Wo sie es nicht sind, setzen wir vorrangig auf  
1826 batterieelektrische Züge.
- 1827 • Eine Offensive für Fahrpersonal sorgt für mehr Verlässlichkeit: beschleunigte  
1828 Qualifizierung, bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Sprachprogramme  
1829 und modulare Weiterbildung.

### 1830 **Schienen-Fernverkehr stärken**

1831 Wir verfolgen das erarbeitete Fernverkehrskonzept des Landes weiter. Magdeburg soll  
1832 besser in das ICE-Netz eingebunden werden, etwa über eine Strecke Hamburg–Stendal–  
1833 Magdeburg–Halle Richtung München oder eine Anbindung zwischen Ruhrgebiet und Berlin.  
1834 Zusätzlich sind Orte wie Stendal, Halberstadt und Dessau besser in das Fernverkehrsnetz  
1835 einzubinden.

### 1836 **Güterverkehr, Logistik & Wasserstraßen**

1837 Wir bauen trimodale Hafenstandorte wie den Hafen Magdeburg als leistungsfähige  
1838 Drehscheiben aus – mit zuverlässigen Schienenanbindungen, modernen Umschlagsanlagen,  
1839 digitaler Slot-Steuerung und Vernetzung mit internationalen Logistikströmen, insbesondere  
1840 mit den deutschen Seehäfen.

1841 Für Elbe, Saale und Mittellandkanal setzen wir auf verlässliche Fahrrinnen- und  
1842 Schleusenverfügbarkeit, vorausschauendes Wasserstands- und Engpassmanagement sowie  
1843 digitale Verkehrssteuerung.

1844 Auf der Straße braucht es gesicherte Lkw-Parkplätze, Ladeinfrastruktur für E-Lkw entlang der  
1845 Hauptachsen und Mikro-Hubs für stadtverträgliche Zustellung. Effizienz steigern wir durch  
1846 bedarfsgerechten Ausbau des Lang-Lkw-Straßennetzes, die Fortsetzung von 44t-Lkw-  
1847 Pilotvorhaben für Verkehre bis 100 km und digitale Vernetzung; intelligente Routenlenkung  
1848 für Lkw soll Gemeinden entlasten.

1849 **Luftfahrt & neue Technologien**

1850 Sachsen-Anhalt positioniert sich als Test- und Anwendungsregion für Drohnen – von  
1851 Inspektionen bis Rettungseinsätzen – mit klaren Sicherheitsstandards und offenen  
1852 Reallaboren.

1853 Wir stärken das internationale Drehkreuz Flughafen Leipzig/Halle konsequent als zentralen  
1854 Passagier- und Wirtschaftsstandort für die Region Mitteldeutschland. Wir setzen uns für die  
1855 Senkung der Steuern und Abgaben für den Luftverkehr ein, um den Flughafen Leipzig-Halle  
1856 zu sichern. Durch die hohen Abgaben in Deutschland findet der Passagierverkehr vermehrt  
1857 im benachbarten Prag statt.

1858 Statt parallele Strukturen, wie den Flughafen Dresden in der Region dauerhaft mit  
1859 öffentlichen Mitteln zu stabilisieren, setzen wir auf Bündelung von Passagieraufkommen am  
1860 Standort Leipzig/Halle, um verlässliche nationale und vor allem europäische  
1861 Direktverbindungen zu sichern und langfristig auszubauen. Ein starkes, gut angebundenes  
1862 Drehkreuz ist für Unternehmen, Fachkräfte und Geschäftsreisende attraktiver als kleinteilige  
1863 Angebote mit wenigen, strukturell unsicheren Direktverbindungen.

1864 Damit dieser Vorteil im Alltag spürbar wird, richten wir den Einsatz öffentlicher Mittel auf die  
1865 Anbindung und Erreichbarkeit: Öffentliche Mittel sollen nicht in dauerhafte  
1866 Verlustausgleiche im zivilen Flugbetrieb fließen, sondern eine schnelle, verlässliche und  
1867 attraktive Schienenanbindung innerhalb der Region zum Flughafenbahnhof Leipzig/Halle  
1868 ermöglichen. Ziel ist ein Takt- und Angebotsniveau, das den Flughafen für Pendler,  
1869 Geschäftsreisende und Touristen aus dem gesamten Land ohne Umwege erreichbar macht –  
1870 insbesondere aus Magdeburg, Halle (Saale), Dessau-Roßlau und den Mittelzentren entlang  
1871 der Hauptachsen.

1872 Regionale Flugplätze ertüchtigen und erweitern wir dort bedarfsgerecht, wo sie Wirtschaft,  
1873 Forschung und Katastrophenschutz unterstützen.

1874 **Finanzierung, Programme und Umsetzung**

1875 Wir bündeln und vereinfachen Förderprogramme, damit auch kleine Gemeinden Projekte  
1876 stemmen können. GVFG, Bundesprogramme und EU-Mittel werden gezielt kombiniert.  
1877 Landesmittel setzen wir vorrangig zur Beseitigung von Engpässen ein. Eine Novelle des  
1878 Gesetzes zur Finanzierung des ÖPNV wollen wir auf den Weg bringen. Die Kosten der  
1879 Schülerbeförderung der Landkreise und kreisfreien Städte wollen wir künftig aus dem  
1880 Landeshaushalt finanzieren, um mehr Regionalisierungsmittel für den öffentlichen  
1881 Nahverkehr zur Verfügung zu haben.

1882 Öffentlich-private Partnerschaften schließen wir nicht aus, nutzen sie aber nur dort, wo sie  
1883 Projekte schneller und günstiger machen – mit klaren und strengen Leistungs- sowie  
1884 Qualitätsstandards.

- 1885 Nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wollen wir die Sanierung kommunaler Straßen  
1886 über ein Landesprogramm und die konsequente Nutzung von Bundesmitteln unterstützen.

Entwurf